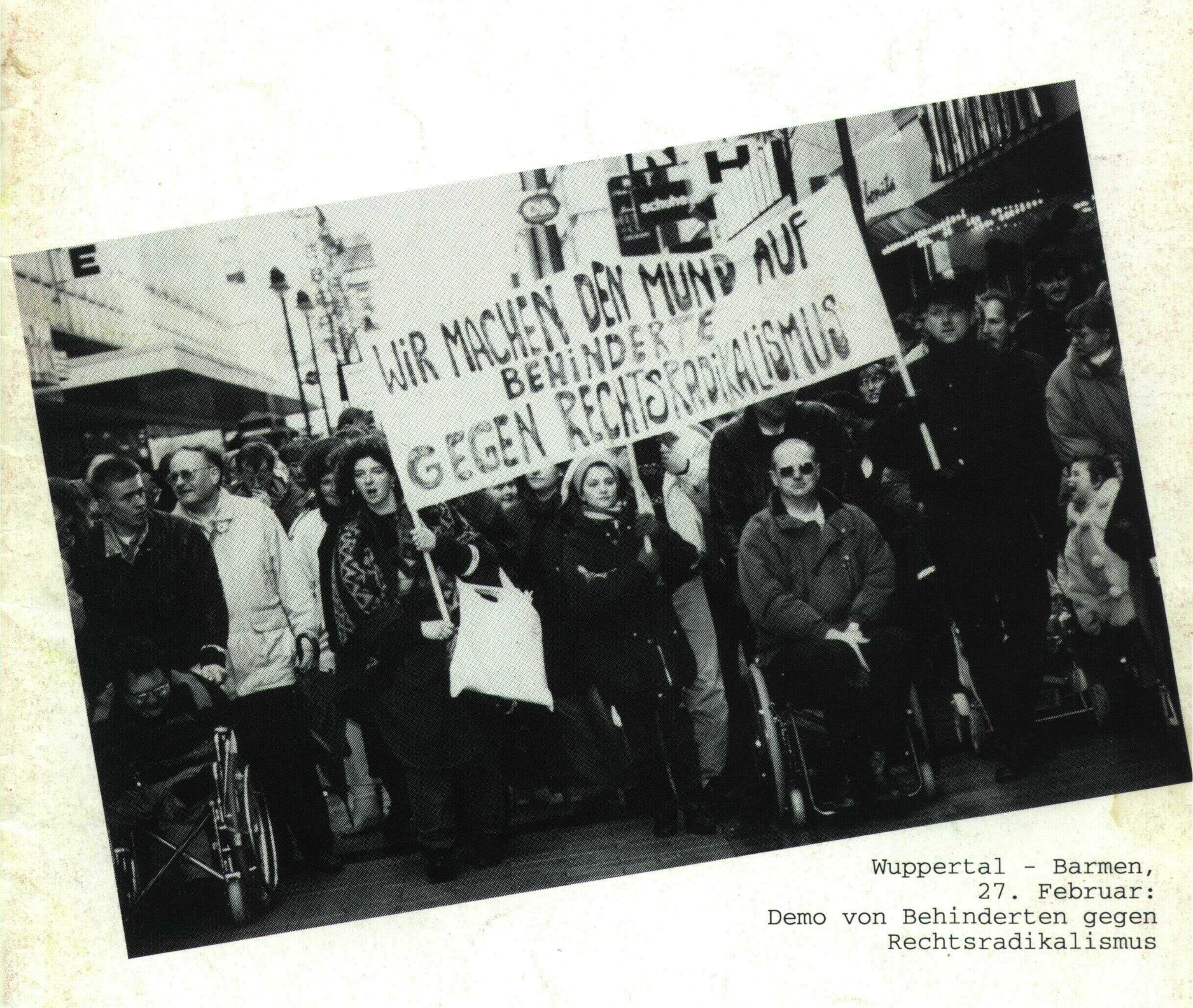
ANTIFASCHISTISCHE NRW ZEITUNG

Nr. 1
Mai '93



Wuppertal - Barmen,
27. Februar:
Demo von Behinderten gegen
Rechtsradikalismus

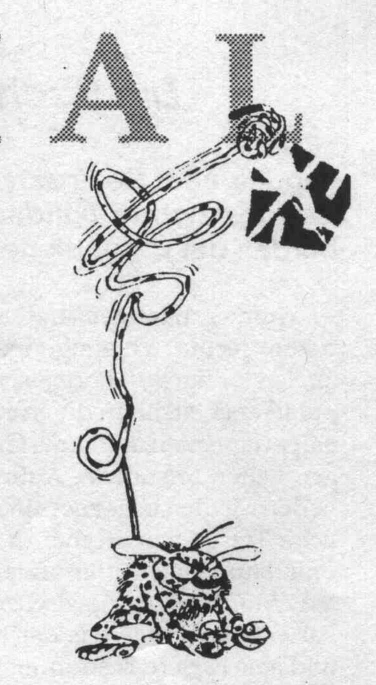
Die Rechte in NRW, Asylrecht, Deutsche Liga, PDS und NO, FWG in Düsseldorf, Essen als Metropole rassistischer Gewalt, Kampfsport für Neonazis u.a.

DM 2,50



EDITORIAL

Der "Antifaschistische Bericht Wuppertal" heißt jetzt "Antifaschistische Zeitung NRW". Dies drückt einerseits die Mitarbeit von Gruppen aus mehreren Städten und andererseits die Ausdehnung der Verbreitung unserer Publikation aus. Wir hoffen dadurch in Zukunft mehr interessierte Leute erreichen zu können und sind natürlich auf Rückmeldungen gespannt. Interessiert sind wir vor allem an weitergehenden Informationen bezüglich Themen, über die wir berichtet haben.
Schwerpunkt der Zeitung ist auch weiterhin die antifaschistische Recherche, d.h. Berichte über Entwicklungen im rechten Lager werden einen großen Raum einnehmen. Darüberhinaus haben wir auch gesellschaftliche Prozesse, die eine Verschiebung von Werten, Verhaltensweisen oder auch Gesetzen nach "Rechts" bedeuten, im Visier. Wir wollen dabei für das Bundesland NRW einen Überblick schaffen, auch wenn uns klar ist, daß derartige Entwicklungen natürlich kaum geographisch beschränkt gesehen werden können.
Erscheinungsweise, Preis und Kontaktadresse unserer Zeitung sind geblieben, geändert hat sich lediglich unsere Kontoverbindung. Bestehende Abos des "Antifaschistischen Bericht Wuppertal" werden übernommen.



Impressum

VisdP: P. Schultze
Kontakt:
Antifaschistische Zeitung NRW
c/o Infoladen
Brunnenstr.41
5600 Wuppertal 1

Bankverbindung:
Geschichtswerkstatt Dortmund, Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301.0375.603
BLZ: 441 600 14
Bank: Dortmunder Volkbank

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Diese Ausgabe ist unter finanzieller Mithilfe des AStA der Uni Dortmund entstanden.

Abobedingungen:
Wegen ab April 93 erhöhten Portokosten kostet ein Jahresabo 12 DM, also 3 DM pro Ausgabe. Bestellungen bitte an o.g. Kontaktadresse. Zahlungen bitte an o.g. Konto oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an o.g. Kontaktadresse.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhalt:

Die Rechte in NRW macht mobil

Organisierter Neofaschismus in NRW ist vielen ein Begriff. Das bevölkerungsreichste Bundesland ist eine der bundesdeutschen Hochburgen des organisierten Neofaschismus.

Immer häufiger und aggressiver traten rechte Vereinigungen in den letzten Jahren auf. Parteien wie die Republikaner sitzen in diversen Kommunalparlamenten, militante Gruppierungen halten öffentliche Aufmärsche ab. In den Medien begegnet einem der tägliche Terror von Rechts in Form von Brandanschlägen und anderen gezielten Mordtaten. Inzwischen wurden Parteiverbote, wie das der NF verfügt und eine härtere Bestrafung von Tätern gefordert. Doch bleibt die Frage, wie getroffen fühlt sich die rechte Szene tatsächlich durch juristische Sanktionen und wie reagiert sie auf den Protest von Menschen, die gegen die Rechtsentwicklung auf die Straße gehen.

Die Biedermänner

Die am meisten um ihr Image besorgten sind zur Zeit wohl die Republikaner. Sie waren mit dem Anspruch angetreten eine neue politische Kraft in Deutschland zu werden. Mit moderaten Tönen und viel Kreide im Gepäck versuchten sie mit heimatverbundenen Parolen auf Stimmenfang zu gehen. Die Kommunalwahlen des Jahres 1989 in NRW gaben ihren Absichten, eine rechte Wahlalternative zur CDU zu sein, berechtigte Hoffnungen. In vielen Stadträten und Kreistagen des Landes schafften es die Republikaner erstmals nach den Wahlerfolgen der NPD, Ende der Sechziger, über die 5% Hürde zu kommen. Kaum ein Jahr später zeigte sich jedoch die Politikfähigkeit der Republikaner schon erschöpft. Zum einen zerfielen die Fraktionen durch Parteiaustritte, zum anderen brach der mühsam kaschierte neofaschistische Ursprung hervor. Aus der Kölner Stadtratsfraktion entstanden zum einen die Partei "Die Bürger" und die Fraktion der "Deutschen Liga". Für beide Parteien ist bezeichnend, daß die wichtigsten Funktionäre über lange Biographien in der neofaschistischen Szene verfügen. Schon vor 1989 wurde darauf hingewiesen. Darauf, daß es den Rechtsparteien nicht um demokratische Willensbildung, sondern um öffentliche Räume für ihre Propagandaarbeit geht.

Exemplarisch dafür sind die Reaktionen dieser Parteien auf die pogromartigen Ausschreitungen in und nach Rostock. So liest man in der Parteizeitung der "Bürger" aus Köln, dem "Bürger-Forum" 9/92: "Die jetzige deutsche (?) Regierung provoziert in ihrem unglaublichen Treuebruch gegen das eigene Volk geradezu eine neue Generation von Widerstandskämpfern. (...) Noch sind es nur überschäumende Jugendliche, die aktiven Widerstand leisten. Doch sollte das schlafende Volk erwachen und aufstehen, werden nicht nur Polizeiautos, dann ganz Deutschland brennen." Manfred Rouhs, der Kölner Ratsherr der "Deutsche Liga" berichtet in seinem Hausblatt "Europa Vorn" (9/92) über Rostock: "Die Bonner Politik hat es geschafft, Deutschland so weit zugrundezurichten, daß es kein zurück mehr zum politischen Wettbewerb ohne Straßenkämpfe und Schlägereien gibt. Heute lautet die Frage tatsächlich nur noch, auf welcher Seite sich der einzelne stellt in dem abzusehenden Szenario der Gewalt-Eskalation, der Haß-Ausbrüche und des Bürgerkrieges...". Eine andere Variante fuhr der Landesgeschäftsführer der NRW Republikaner, Robert Friedrich Nagels, nach einem Mord von deutschen Rechtsradikalen an einem jungen Türken. Er bezeichnete die Entschuldigung des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker an das türkische Volk als "Bücklingmachen der deutschen Politik vor der ausländischen Meinung". Aus den Verlautbarungen der Parteien von rechts zeichnet sich ein deutlicher Stimmungsumschwung zu früheren Zeiten ab. Die freiheitlich demokratische Grundordnung wird heute in Frage gestellt, ein Vorstoß den man sich in diesem Lager vor wenigen Jahren noch nicht getraut hätte.

Die Brandstifter

Während die einen von ihren Schreibtischen aus den demokratisch-liberalen Staatsnotstand verkünden, sind die Mitglieder der militanten neofaschistischen Organisationen schon



Einer der Brandstifter: Friedhelm Busse (FAP)

längst zur Praxis übergegangen. So beteiligten sich Kader der bundesdeutschen Neonaziszene an den Pogromen in Rostock. Aber auch aus NRW waren Parteiaktivisten der in NRW größten Neonazigruppe, der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" zugegen. Unverholen brüstet man sich mit der Beteiligung an den Pogromen. Ein NRW-FAP Aktivist verschickt aus Rostock Postkarten, in denen er sich über die "Stimmung" in der "fast ausländerfreien Stadt" freut: "Die Stimmung ist geil und wir lernen viel, z.Bsp. was man mit Kanacken und Zecken so alles machen kann."

Direkt vor dem Rostocker Flüchtlingsheim lassen sich dieselben Neonazis auch noch von Fernsehteams interviewen, um ihre "Propagandaarbeit" zum Besten zu geben. In einer Vielzahl der Prozesse gegen Brandstifter von Flüchtlingsunterkünften wurde deutlich, daß viele der jugendlichen Gewalttäter über gute Kontakte zur militanten Neonaziszene verfügten. Auch wenn man den Straftätern nicht im einzelnen eine Organisierung nachweisen konnte, so fand sich jedoch das einschlägige Propagandamaterial fast überall bei diesen Personen.

Welle der Gewalt in NRW

Nach Rostock genauso wie nach Hoyerswerda breitete sich über NRW eine flächendeckende Welle der Gewalt gegen Flüchtlinge aus. Angegriffen wurde mit Brandsätzen, aber auch mit "scharfen Waffen". So wurden im Rheinland an mehreren Orten Schüsse auf Flüchtlingsunterkünfte abgefeuert. Glaubte man bewaffnete Terroreinheiten bisher nur im Osten der Republik, so beweist die Aushebung einer rechtsterroristischen Gruppe am 12.12.92 im Ruhrgebiet das Gegenteil. "Nationale Offensive" heißt die Gruppierung und es handelt sich dabei um eine offiziell eigetragene "Partei". Auch bei der "Nationalistischen Front", sowie der "Deutschen Alternative" wurden ein umfangreiches Waffenarsenal gefunden, nachdem sie durch eine Weisung aus dem Bundesinnenministeriums verboten wurden. Der Deckmantel einer Partei zur Tarnung terroristische Zwecke hat in der Neonaziszene Tradition. Bereits die 1982 verbotene "Volksozialistische Bewegung Deutschlands" (VSBD) des heutigen Vorsitzenden der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) Friedhelm Busse hatte alle heutigen Kriterien einer terroristischen Vereinigung erfüllt.

Neue Stategien der Rechten

Selbst wenn noch weitere Verbotsverfügungen aus Bonn erteilt werden, ist davon auszugehen, daß sich die aktiven Neonazikader in neuen Organisationen zusammenschließen werden. Namen wie "Förderkreis Freies Deutschland", "Initiative Gesamtdeutschland" im Rheinland und "Westfalen-Front" in Ostwestfahlen/Lippe, sind Neugründungen aus diesen Kreisen. Aus diesen Bündnisorganisationen, in denen sich das gesamte rechte Spektrum von NSDAP/AO bis zum Rechtskonservativismus versammelt, werden auch in Zukunft immer wieder neue Parteigründungen hervorgehen. Die verschiedenen Gruppen des organisierten Neofaschismus in NRW zeichnen sich nicht nur durch die gemeinsame Ablehnung der derzeitigen politischen Verhältnisse aus, sondern "kämpfen" auch noch an anderen Fronten für ihre Weltanschauung. Seit ungefähr zwei Jahren wird maßgeblich von NRW aus eine "Revisionismus-Kampagne" propagiert. Die Leugnung des Holocaust an den Juden im Dritten Reich (Revisionismus) zielt in seiner Einfachheit darauf ab, die nationalsozialistische Diktatur von ihrem verbrecherischem Wesen zu befreien. Führende "Auschwitz-Leugner" wie David Irving und Ernst Zündel referierten auf Veranstaltungen der neofaschistischen Bündnisorganisationen. Landesweit wurden große Mengen an Propagandamaterial über die verschiedenen Gruppen an Haushalte, Schulen, Presse und öffentlichen Institutionen verteilt. Parallel zu dieser Entwicklung im bundesdeutschen Neofaschismus muß natürlich auf die negative Wechselwirkung der "Asyldiskussion" und der Eskalation der Gewalt von Rechts eingegangen werden. Die Tatsache, daß die Diskussion vom Inhalt wie auch vom Stil her eine Wirkung auf die konkreten Formen politischen Handelns hatte, ist heute unbestritten. Einen plastischen Einblick in die Wechselwirkung von Politik, Sprache und Handeln gibt das vom Duisburger Institut für Sprache und Sozialforschung (DISS) herausgegebene Buch "Brandsätze".

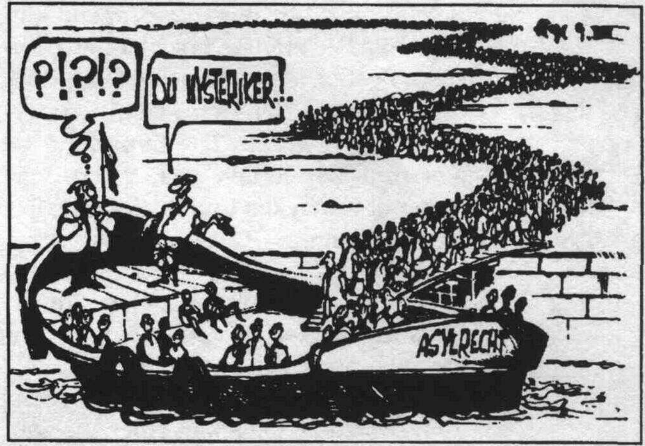
Von vollen Booten und Asylantenfluten

Vor inzwischen mehr als drei Jahren begann in der bundesdeutschen Öffentlichkeit die verbale Eskalation um den "Asylnotstand". Konservative Kreise sahen große Probleme auf das wiedervereinigte Deutschland zukommen. Der sich auflösende Ostblock und die Neuordnung Deutschlands im sich umformenden Europa bargen unkalkulierbare ökonomische und soziale Risiken für die innere Stabilität der BRD. Eine heftige Diskussion entbrannte um die Belastbarkeit des inneren Sozialgefüges. Eine breite Berichterstattung folgte in den Medien, jedoch immer mit dem Vorzeichen einer "Problemfrage", nämlich die der "Asylanten". Schnell wurde das Asylthema zum Thema Nummer eins, noch vor den Problemen der Treuhand und den sozialen Umwälzungen in den neuen Bundesländern. Vor allem Die BILD-Zeitung verbreitete angsteinflößende Methaphern. "Asylanten im Ruhrgebiet: Wer soll das bezahlen". Der Spiegel verkündete das Bild vom vollen Boot Deutschland. Der damalige CDU Generalsekretär Volker Rühe setzte die SPD öffentlich mit sogenannten Brandbriefen unter Druck. Die Tagespresse wimmelte von neuen Wortschöpfungen zum Thema "Asylant". Dabei wurde fast gänzlich die Situation der Opfer, also der Flüchtenden und deren Fluchtursachen ausgeblendet. Zurück blieb geistige Brandstiftung. Die Folge von gedanklichen Bildern, wie sie der Bundesinnenminister Rudolf Seiters vermittelte, als er auf die Rostocker Pogrome mit der Forderung nach Abschaffung der damals geltenden Asylgesetzgebung reagierte, ist fatal. Genauso fatal wie die Forderung, die deutsche Bundeswehr an die Grenzen unseres Landes zu schicken, um "Illegalen" Zutritt in unser Land zu unterbinden. Letzteres vertrat Seiters im Dezember 1992.

Wem die Stunde schlägt

Die Parteien tragen genauso wie die Medien ein großes Maß an Mitverantwortung an dem Bodensatz für Rechtspopulismus und gesellschaftlicher Destabilisierung, wie ihn der organisierte Neofaschismus heute für sich und seine Ziele nutzen kann. Die organisierte Rechte hat sich bereits ausreichend Gedanken gemacht, wem es in der Zukunft an das Leder gehen soll. In einer sehr deutlichen Form spricht die Wiking-Jugend aus Aachen: "Es ist ein Gebot des Selbsterhaltungstriebes, niemanden in unsere "weiße" Festung ein-

Asyl in den Medien: Ein Beispiel

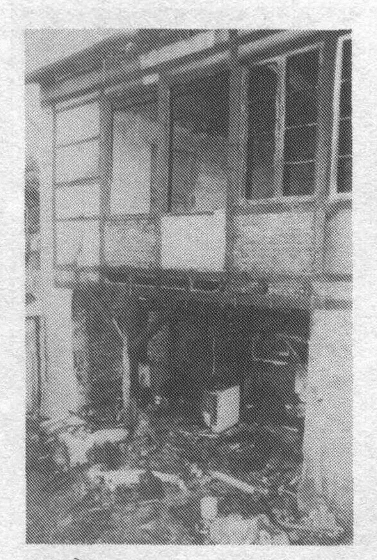


„Das Boot ist doch wirklich noch nicht voll!" tz, München

dringen zu lassen. (...) Jeder Verhungerte in der Sahelzone und jeder bei Krawallen, Bürgerkriegen, Militärputschen und Stammeskämpfen in der Dritten Welt Umgekommene ist ein Glück für die Welt und ein zukünftiger Gegner weniger für uns." (Wikinger 2/92). Und wenn es keine "Asylanten" mehr gibt, dann werden sie mit denen abrechnen, die sich entgegen dem völkischen Überlebensgesetz für Fremde, Minderheiten, Demokratie und Liberalismus eingestzt haben. Da bleibt zu hoffen, daß auch die Politik bis dahin verstanden hat, daß sie, wir alle das Ziel des Neofaschismus sind, bevor es wie im Bonhoeffer-Zitat, am Ende keinen mehr gibt der uns noch helfen kann.

Doris Kemper





Flüchtlingsheim nach Anschlag

Asylrecht: Bald nur noch auf dem Papier

Weitgehende Einigkeit herrschte bei der ersten Lesung des eingeschränkten Asylrechts im Bundestag Anfang März. CDU, FDP und SPD wollen bald umsetzen, was sie Ende des letzten Jahres aushandelten.

Unstimmigkeit gab es bei der Höhe der staatlichen Unterstützung für AsylbewerberInnen, welche die Unionsparteien weiterhin auf 75% des Sozialhilfesatzes kürzen wollen. Hier verweigerte die SPD bislang die Zusammenarbeit, wie auch bei einigen Vorschlägen für die Durchführung des Verfahrens, die Innenminister Seiters nach Aushandelung des Kompromisses machte. Im Kern sieht das geplante Asylverfahrensgesetz zusammen mit der Einschränkung des Grundgesetzes wie folgt aus:

- Die Staaten rund um die Bundesrepublik Deutschland sollen nach und nach zu "sicheren Drittländern" erklärt werden. Hinzu kommen alle weiteren EG-Länder. Flüchtlinge, die über ein "sicheres Drittland" einreisen, werden gänzlich vom Asylverfahren ausgeschlossen. Zu den sicheren Drittländern gehören Staaten wie die Tschechische Republik, wo in den letzten Jahren Roma und VietnamesInnen Opfer von Pogromen wurden. Durch die Einführung der "sicheren Drittstaaten" wird der Landweg in die Bundesrepublik Deutschland für Flüchtlinge gesperrt.

Es ist schon lange gängige Praxis, daß verhanlosende Berichte des Auswärtigen Amtes der Bundesregierung zur Grundlage von Entscheidungen in Asylverfahren gemacht werden

Eine Mauer um Europa

Der Luftweg ist fast allen Flüchtlingen ebenfalls durch europaweit einheitliche Visa-Bestimmungen versperrt. Bleibt die illegale Flucht in die BRD und beharrliches Schweigen über den Reiseweg. Flüchtlinge sind auch in diesen Fällen zur Auskunft über ihre Flucht verpflichtet und können bei wahrheitsgemäßer Antwort dann ohne Rechtsschutz abgeschoben werden. Die Behörden sollen auch das Recht haben, Flüchtlinge und ihre Habe nach "erforderlichen und sonstigen Unterlagen" zu durchsuchen. Ein vergessener Kassenbon aus Polen kann dann der Grund für die Abschiebung sein. Auch Verwaltungsgerichte sollen dann eine Abschiebung nicht mehr stoppen können.

- Bestimmte Staaten sollen sogar zu "sicheren Herkunftsstaaten" erklärt werden. Es soll sich um Staaten handeln, in denen nach Meinung der gerade aktuellen PolitikerInnen politische Verfolgung nicht oder nicht mehr stattfindet. Bei der Einschätzung der Situation in bestimmten Ländern setzt die Regierung bereits jetzt ihre Interessen durch und verschweigt schon mal haarsträubende Verletzungen der Menschenrechte. Es ist schon lange gängige Praxis, daß verharmlosende Berichte des Auswärtigen Amtes der Bundesregierung zur Grundlage von Entscheidungen in Asylverfahren gemacht werden. Flüchtlinge aus "sicheren Herkunftsländern sollen im Grundsatz kein Asylverfahren bekommen.

Kürzung des Lebensunterhaltes

- Flüchtlinge, die Verfahrensregeln mißachten, also etwa falsche Angaben über ihre Identität machen oder gefälschte Beweismittel vorlegen, erhalten ebenfalls einen stark eingeschränkten Rechtsschutz. Ihre Anträge werden als "offensichtlich unbegründet" eingestuft, unabhängig davon, ob sie politisch verfolgt werden oder nicht. Hierzu gehören auch Flüchtlinge, die ihren "Mitwirkungspflichten" nicht nachkommen. Dies ist nach den vorgesehenen Regelungen schon dann der Fall, wenn sie ihren Reiseweg oder den Aufenthalt in anderen Staaten verschweigen.

- Der Lebensunterhalt der Flüchtlinge soll vollständig durch Sachleistungen gedeckt werden. für sonstige Dinge soll es maximal 100 Mark im Monat geben. Der Anspruch auf die höher liegende Sozialhilfe soll entfallen.

Verfassungsrechtlich fraglich

Die Abschiebung ohne Rechtsschutz bei Einreise über ein "sicheres

Drittland" verstößt nach Auffassung von JuristInnen gegen die in Artikel 19a des Grundgesetzes festgeschriebene Rechtsweggarantie. Hiernach steht jedem - nicht nur Deutschen - "der Rechtsweg offen, wenn er durch den Staat in seinen Rechten verletzt wird". Auch das eingeschränkte Asylrecht für Menschen aus "sicheren Herkunftsstaaten" gilt in dieser Hinsicht als verfassungsrechtlich bedenklich. Der Abbau des Rechtsstaates ist also mit dem neuen Asylrecht eingeläutet. Der Rechtsstaat war neben dem Asylrecht eine der Konsequenzen aus dem willkürlichen Terror der Nationalsozialisten. Die Regelung der sicheren Drittstaaten wird nicht deshalb eingeführt, weil Flüchtlinge in diesen Staaten tatsächlich sicher sind. Im Gegenteil sollen diese Staaten durch bundesdeutsche Hilfe in die Lage versetzt werden, Flüchtlinge direkt abzuweisen oder zurückzuschieben. So kann es dann zu Kettenabschiebungen durch "sichere" Staaten kommen, bis ein politisch Verfolgter wieder da ist, wo er herkam und verfolgt wurde.

Die Deutsche Liga für Volk und Heimat in Köln und Umgebung
Eine junge (Sammlungs)partei im Aufwind ?

Die Gründung der Deutschen Liga für Volk und Heimat (hier kurz DL) ist der wiederholte Versuch der deutschen Faschisten, die Rechte in einer Organisationsform zusammenzufassen.

Beim 2. Bundesparteitag der Deutschen Liga für Volk und Heimat am 3.10.92 in Köln, bescheinigte Jürgen Schützinger, seines Zeichen gleichberechtigter Bundes- und Landesvorsitzender in Ba.-Wü. dem Kölner Kreisverband bundesweit die meisten Aktivitäten. Nach Schützinger sieht es für die Liga "bundesweit nicht so gut aus". Feste organisatorische Strukturen bestehen ein Jahr nach der Parteigründung lediglich in BaWü, Bayern, Berlin-Brandenburg, Niedersachsen und NRW. In den neuen Bundesländern existieren weder Landes- noch Kreisverbände. Auch Harald Neubauer (MdEP) stellte fest, daß die Situation für die Liga nach dem Einzug der totgeglaubten REPs in den BaWü- Landtag "schwer geworden ist - da dürfen wir uns nichts vormachen." Laut beklatscht wurde die einzige Erfolgsmeldung des Parteitags: Die NPD hat dem Kölner Kreisverband der DL für 1994 die Unterstützung bei der Kommunalwahl zugesagt. Aus antifaschistischer Sicht lohnt es sich, diesen so gelobten Kreisverband der DL in Köln einmal näher zu beleuchten. Am 30.1.1991, dem historischen Datum der Machtübernahme durch die Nazis, gaben die drei im Rat der Stadt Köln verbliebenen REP-Mitglieder Markus Beisicht, Manfred Rouhs und Gabriele Schlaeper die Auflösung der REP-Fraktion und Bildung einer Fraktion Deutsche Allianz/Vereinigte Rechte (DA/VR) bekannt. Auch die verbliebenen Kölner Bezirksvertreter (mit zwei Ausnahmen) wechselten zu dieser Gruppierung, die später den Namen "Deutsche Liga für Volk und Heimat" erhielt. Beisicht, Schlaeper und Rouhs blicken auf eine lange "rechtsextreme Karriere" in diversen Jugend -und StudentInnenorganisationen zurück (Junge Nationaldemokraten, Ring freiheitlicher Studenten). In den letzten zwei Jahren zeigte sich die Fraktion der Deutschen Liga in Köln leider sehr aktiv. So initiierte sie einen "Nationalen Stammtisch", engagierte sich in Zusammenarbeit mit der NPD Leverkusen in widerlicher Weise gegen das Roma/Sinti Zeltlager am Rhein in Düsseldorf, hielt "Mahnwachen vor der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber" (ZAST) und startete eine Petition an den Beschwerdeausschuß der Stadt Köln (Motto: "Domet uns Kölle kölsch bliev!"). Desweiteren verfügt sie über ein monatlich erscheinendes Hetzblatt "Die Kölner Dom Spitzen", sowie eine, in unregelmäßigen Abständen erscheinende SchülerInnenzeitung "Der Hammer". Weitere Aktivitäten: Unter dem Motto "Kampf der Kriminalität" forderten sie in Anlehnung an die Aktion des Kreisverbandes der DL in Villingen-Schwenningen" am 29.Oktober 1992 in



Markus Beisicht



Rainer Vogel



Aufkleber der "Deutschen Liga"

der Ratssitzung die Aufstellung einer Bürgerwehr. Was mensch von solchen Aktivitäten zu halten hat, wurde in einem Beitrag des Fernsehmagazins "Report" deutlich. Die JournalistInnen begleiteten eine Nacht lang die Bürgerwehr in Villingen-Schwenningen und zeigten ein schauerliches Bild deutscher Wachsamkeit. Mit Schäferhunden, Funksprechgeräten und abschließenden Besprechungen bei 7 Glas Bier boten diese "aufrechten Deutschen" ein eher abschreckendes Beispiel.

Bürgerwehr auch in Köln

Am 7./8.11.92 wurde die Gründung der "Bürgerwehr" der DL vollzogen. Angekündigt wurde die Aufstellung einer milizähnlichen Organisation: "Voraussetzungen: 16 Jahre Mindestalter, deutsche Staatsangehörigkeit, tadelloser Leumund, rasche Auffassungsgabe, gesund und sportlich". Sowohl in der Novembernummer "Europa Vorn", als auch in der Dezembernummer der "Dom Spitzen", die über diese Bürgerwehren berichtete, erschien auch der Erlebnisbericht über den Überfall unbekannter TäterInnen auf Manfred Rouhs am späten Abend des 4.11.92. Dieser erkannte die Anstifter dieses Überfalls sofort, hatte doch die Bild Zeitung über ihn berichtet: "... ein spätpubertäres Primanergesicht, das so redet wie ein unverbesserlicher Alt-Nazi. Er und seine Gefolgsleute erzeugen Haß und Gewalt gegen Ausländer und Asylanten." Und so fordert er schlüssig: "Bestellen sie ihr "Bild am Sonntag-Abo" sofort ab." Derselbe Manfred Rouhs schrieb in der Septemberausgabe "Europa Vorn": "Es gibt kein zurück mehr zum politischen Wettbewerb ohne Straßenkämpfe und Schlägerei." Dazu Ratsherr Markus Beisicht: "Das Maß ist voll! Die Polizei wird im multikulturellen Köln mit der ausufernden Gewalt, insbesondere derjenigen von Ausländern und Asylbetrügern, nicht mehr alleine fertig. Mit Hilfe einer Kölner Bürgerwehr lasse sich ein gewichtiger Beitrag zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in Köln leisten. Sollte sich der Rat verweigern, wird die DL in Eigenregie einen wirksamen Schutz der Bürger in Kölner Problemgebieten organisieren. Schon jetzt haben sich zahlreiche Freiwillige gemeldet. Am 20. Januar 1993 verfaßte die Kölner Ratsfraktion dann einen denkwürdigen Beschluß: "Gewalt kein Mittel der Politik ... einseitige und pauschale Schuldzuweisungen an die politische Rechte in Deutschland sind unstatthaft. Weder rechts noch links gibt es eine Kollektivhaftung für individuelle Straftäter." Nach monatelanger Hetze gegen AusländerInnen, die in den Flammen vieler Flüchtlingsunterkünfte mündete, nun dies. Jüngstes Beispiel ihres Ausländerhasses ist die im Februar 1993 ausgerufene "Fahndungsaktion". Die Ratsfraktion hatte angekündigt, "Steckbriefe" einer Romafrau verteilen zu wollen, die nach ihrer umstrittenen Abschiebung nach Mazedonien zu ihrer Familie nach Köln zurückgekehrt war und derzeit von einem Freundeskreis versteckt wird. Die Staatsanwaltschaft Köln leitete ein Ermittlungsverfahren gegen die DL ein. Letztendlich ging jedoch gerade dieser Schuß nach hinten los, da eine breite Welle der Solidarisierung einsetzte. Mittlerweile erging eine Anzeige wegen Volksverhetzung, Amtsanmaßung sowie die Verfügung, keine weiteren Flugblätter zu verbreiten an die Initiatoren dieser widerlichen Aktion.

Einschätzung der DL

Die DL mit ihrem Führungstrio Beisicht, Vogel und Rouhs versucht sich seit längerem, den WählerInnen als Nachfolgepartei der Reps zu präsentieren. Ihr großes Ziel ist es, im Kommunalwahlkampf 1994, diesmal unter dem Namen Deutsche Liga, wieder in den Kölner Stadtrat einzuziehen. Ihre Taktik, viel anzukündigen, aber kaum etwas davon auch nur annähernd umzusetzen (mit Ausnahme ihrer regelmäßig erscheinenden Publikationen), zielt auf die simple Vergrößerung ihres Bekanntheitsgrades. Festzuhalten bleibt eine gewisse Doppelstrategie; auf der einen Seite erscheinen sie als Biedermänner in Form von Personen wie Beisicht und Rouhs, auf der anderen Seite suchen sie Kontakte zur militanten Neonaziszene (in Köln über die Gruppe Störkraft). So sitzt ein führender Vertreter der inzwischen verbotenen Nationalistischen Front (NF), Meinhard Elbing, als Beisitzer im DL-Landesvorstand NRW. Ein Reader zum Thema "Die Deutsche Liga für Volk und Heimat" steht kurz vor der Vollendung. Vorbestellungen an: Antifa Do.-Nord c/o Taranta Babu Humboldtstr. 44 4600 Dortmund 1

Genossin Ostrowski und Kamerad Meyer

"Sachlich und friedlich über das Programm von PDS und NO gesprochen"

Der Spiegel vom 8. März 93 brachte es an den Tag: Die stellvertretende PDS-Parteivorsitzende Ostrowski hatte ein Geheimtreffen mit dem Vize-Chef der verbotenen "Nationalen Offensive" (NO). Constantin Mayer wollte mit ihr über seine Mitarbeit in einem gemeinsam von linken und rechten Jugendlichen aufzubauenden Jugendhaus in Dresden-Gorbitz reden. Christine Ostrowski hat dieses Angebot "zustimmend aufgegriffen". So muß es denn auch ein recht erfreuliches Gespräch gewesen sein, denn in einem Interview mit der "Dresdner Neueste Nachrichten" vom 9. März erklärte Ostrowski u.a.: "... unsere sozialen Forderungen stimmen im Grunde überein, bis hin zum Wortlaut." Außerdem habe sie und Mayer "sachlich und friedlich über die Programme von PDS und NO gesprochen und über ein gemeinsames Projekt nachgedacht." Das brachte ihr wütende Proteste aus dem Kreis des Dresdner PDS-Vorstands ein, woraufhin sie die Zeitung beschuldigte, sie falsch und verkürzt zitiert zu haben. Ihre politischen Grundaussagen zog Ostrowski aber nicht zurück.

In ersten Reaktionen vom PDS-Vorsitzenden Bisky, Fraktionschef Gysi, dem Landesvorstand Sachsen sowie den Leuten der Arbeitsgruppe Antirassismus und Flüchtlingspolitik, kam zum Ausdruck, daß es zwar für wichtig gehalten werde, sich mit rechtsextrem gebenden Jugendlichen auseinanderzusetzen und sie nicht einfach den Nazis zu überlassen. "Gespräche mit neonazistischen Anführern über programmatische und politische Fragen" zu führen, wurde jedoch klar und unmißverständlich abgelehnt. Ein solcher "Umgang mit neofaschistischen Organisationen und deren Repräsentanten sei ein Schlag ins Gesicht all derjenigen politischen Kräfte", die "die Verbindungen zwischen CDU-Politiker(innen) und (beispielsweise) der REPs kritisieren und aufdecken." Es dürfe zudem der Grundkonsens hinsichtlich eines aktiven und aufrichtigen Antifaschismus nicht verletzt werden. Nach dieser eindeutigen Distanzierung und nach heftigen Rücktrittsforderungen innerhalb und außerhalb der PDS, gab Ostrowski ihr Amt als Parteivizechefin auf. Die Delegiertenkonferenz der PDS Dresden beschäftigte sich am 17.3. nicht nur mit der "Problematik des Rechtsextremismus und seiner Bekämpfung", sondern auch mit dem Verhalten von Christine Ostrowski. Sie stellte die Vertrauensfrage und siehe da: Delegierte und Gäste sprachen sich für ihr Verbleiben im Amt der Stadtvorsitzenden aus. Ob ihr die Genoss(inn)en, die "Emotionalität, die mir in vielen Fällen von Vorteil war", positiv und entschuldigend anrechneten? Oder hat es damit zu tun, daß Ostrowski am 16.3. in der "Sächsischen Zeitung" meinte, daß ihr diesmal die Politik aus dem Bauch zwar "hier in den Rücken geschlagen" sei, obwohl sie "natürlich auch nicht im Alleingang gehandelt habe"? Also doch mehr Zustimmung und Wissen um das geheime Treffen mit dem Jungnazi?

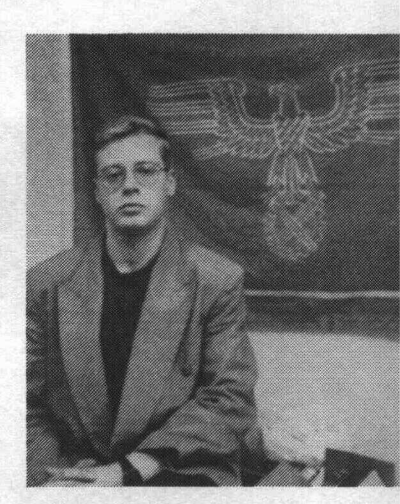
Constantin Mayer jedenfalls kann zufrieden sein. Ihm ist es gelungen, mit Hilfe der PDS als akzeptierter Gesprächspartner anerkannt zu werden. Gelernt hat er von seinem Chef, Michael Swierczek, daß aus taktischen Gründen eine Annäherung und Entspannung gegenüber Kommunisten im nationalen Sinne sei. Mayers Auftrag war offensichtlich, sich mit antikapitalistischen Parolen und Kampagne-Vorschlägen in die PDS einzubringen. Solche Unternehmungen sind nicht neu.

(Neo-)Faschisten versuchen seit vielen Jahren mit mehr oder weniger Erfolg, Einfluß bei linken Gruppierungen zu gewinnen. Schon Anfang der 70er Jahre konzentrierte sich die "Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation", SdV/NRAO, darauf, das rechts-links-Denken zu überwinden und einem Teil der Linken die "nationale Frage" nahezubringen. Auf diese Weise sollte sich linkes Denken nach rechts wenden. In dem 1980 als SdV/NRAO-Abspaltung gegründeten "Nationalrevolutionären Koordinationsausschuß", NR-KA, waren auch



Genossin Ostrowski

und



Kamerad Mayer

einige ehemalige Mitglieder der KPD/ML aktiv. So wurde dem NR-KA ein linkes Etikett verpaßt, das sich vorzüglich auch als Eintrittskarte in linke Gruppen eignete. In den 80er Jahren gab es zahlreiche Versuche der Einflußnahme in die Friedensbewegung und bei den Grünen. Gegen das NR-KA und gleichzeitige Grünen-Mitglied Armin Krebs, Verantwortlicher für die Zeitschrift "Aufbruch" wurde 1982 ein Ausschlußverfahren eingeleitet.

Der "Friedensforscher" Alfred Mechtersheimer, durch seine Aktivitäten in der Friedensbewegung über die Grünen in den Bundestag eingezogen, konnte dort - sehr geschickt - seine anti-amerikanische und nationalistische Politik betreiben. Heute macht er kein Hehl aus seiner Sympathie für neurechte Ideologen wie Henning Eichberg oder den Schriftsteller Botho Strauß. Er bezeichnet sich auch gerne als "Nationalpazifisten" und schreibt in der Februar-Ausgabe seines Blättchens "Frieden 2000" unter der Überschrift "Fakten gegen Mainstream": "Während die rechtsextremen Gewalttäter fast ausschließlich spontan unter Alkoholeinfluß handeln, gehen die linksextremen Gewalttäter zumeist gezielt konspirativ vor. Zu den geistigen Vätern dieser Gewalteskalation gehört Ralph Giordano."

Der Nationalrevolutionär Rolf Stolz aus Köln gründete Mitte der 80er Jahre einen Kreis "Linke Deutschland Diskussion" (LDD), der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, einen "linken Nationalismus", die "nationale Identität" und die "nationale Frage" schlechthin innerhalb der Grünen zu propagieren. Es gäbe noch zahlreiche solcher Beispiele. Sicherlich ist dabei zu berücksichtigen, daß die neofaschistischen Versuche der Einflußnahme und Unterwanderung unter ganz unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Bedingungen stattfanden. Das zu analysieren, würde aber den Artikel sprengen.

Die allgemeine Orientierungs- und Konzeptionslosigkeit oder auch der Opportunismus bei einem Teil der Linken macht es heute den (Neo-)Faschisten relativ leicht auf ihrem Weg ins erklärte Ziel der "kulturellen Hegemonie". Die Bereitschaft, sich auf rechte Parolen und Ideologen einzulassen, an ihnen auch positives oder gar gemeinsames zu entdecken, Neofaschismus zu reduzieren auf die Gewalt zwischen rechten und linken Jugendlichen, scheint akzeptierbarer zu werden.

Im Fall Ostrowski bleibt die Frage, warum es Mayer gelingen konnte, so erfolgreich zu agieren und die PDS-Frau möglicherweise auch zu agitieren. Warum muß ein größer werdender Einfluß der Faschisten bei Jugendlichen dazu führen, daß Parteienvertreter(innen) mit den Nazi-Führern reden und nicht den Kontakt mit den Jugendlichen suchen? Warum glauben nicht wenige Linke, pädagogische Rezepte unbedingt als politische Konzepte verkaufen zu müssen? Warum beteiligen sie sich aktive an einer solchen Entpolitisierung und somit an einem antiaufklärerischem Verhalten, das letztlich nur den Rechten zugute kommt? Die Linke oder meinetwegen auch einfach nur fortschrittliche Leute hätten die verdammte Pflicht, sich Gedanken über eine Jugendpolitik mit linken Lösungs- und Handlungsansätzen zu machen statt den Faschisten in den Arsch zu kriechen. Es gibt Beispiele progressiver Jugendarbeit. Warum werden die nicht offensiv in die Auseinandersetzung gebracht?



Wahldrehscheibe 193[illegible]

Gerd Arntz

Bergheim

Rassistischer Angriff heruntergepielt

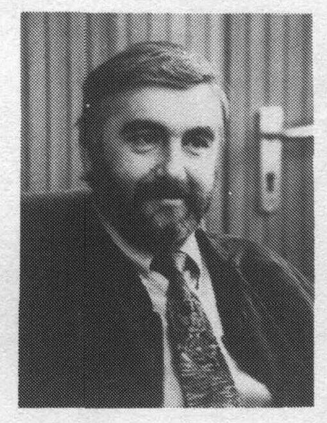
Am 24. Januar 1993 kam es in Bergheim zu folgendem Vorfall. Nach einem Konzert gegen Rechts wurden ein farbiger Niederländer, seine Frau und ein deutscher Bekannter von vier Männern angegriffen. Der Niederländer wurde bei der Schlägerei schwer verletzt und mußte für einige Tage stationär in einem Bergheimer Krankenhaus behandelt werden. Das Bekanntwerdens des Vorfalls führte in den Niederlanden zu Demonstrationen vor den deutschen Vertretungen in Amsterdam, Den Haag und Maastricht, die von der kürzlich gegründeten "Antifaschistischen Aktion Niederlande" (AFA-NL) organisiert wurden. In einer Antwort auf eine Anfrage des niederländischen Fernsehens NOS behauptete die Pressestelle des Erftkreises, die Schlägerei hätte keinen politischen Hintergrund gehabt. Die Täter seien nicht der rechtsextremistischen Szene zuzuordnen. Außerdem sei nicht geklärt, inwieweit der Niederländer selber durch sein Verhalten zur "Eskalation" der Situation beigetragen hatte. AFA-NL bezeichnete daraufhin die Stellungnahme als "Bullshit" und Desinformation. Bei der Schlägerei sei unter anderem der Spruch "Du schwarzes Schwein" gefallen.

Bochum

Markert suspendiert

Der rechtsextremistische ehrenamtliche Arbeitsrichter **Peter Markert** wurde im zweiten Anlauf vom Landesarbeitsgericht Hamm von seinem Amt am Arbeitsgericht Bochum suspendiert. Anders als bei der ersten Verhandlung sahen die Richter diesmal die rassistischen Äußerungen sowie die permanenten Störungen des Gerichtsbetrieb durch GegendemonstrantInnen als Grund für die SuspendierungNordrhein Westfalen hat dem DAV wegen seiner Nähe zu rechtsradikalen Parteien das Vorschlagsrecht für ehrenamtliche Richter an Arbeitsgerichten aberkannt. Arbeitsminister Müntefering (SPD) sagte am 28.3.93 in Düsseldorf, der DAV bewege sich nicht mehr auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Seit Januar 1993 beobachtet das Landesamt für Verfassungsschutz den "Deutschen Arbeitnehmerverband". Bundesweit hat die Organisation 15.000 Mitglieder, 4.000 davon in NRW.

(siehe auch Artikel Antif. Bericht Wuppertal Winter 93).



Peter Markert

Naziaufmarsch verboten

Am 20.3.1993 sollte eine "Nationale Kundgebung" in Bochum stattfinden. Diese mutmaßlich von der FAP angemeldete Demonstration wurde kurzfristig gerichtlich verboten. Und so kam es, daß Faschisten, die nicht rechtzeitig von dem Verbot erfahren hatten, in die Autokontrollen der Polizei gerieten oder am Bochumer Hauptbahnhof in Empfang genommen wurden. Einzelne Faschisten mit Sprechfunkgeräten versuchten in der Innenstadt ihr organisatorisches Debakel in den Griff zu bekommen. Die Polizei war bis in den frühen Nachmittag in der Innenstadt präsent, was darauf schließen läßt, daß unklar war, ob die Nazis ihre geplante Kundgebung noch durchführen würden. Was die Nazis veranlaßte, gerade in dem sonst von Aufmärschen und dergleichen verschontem Bochum eine Kundgebung abzuhalten, ist den Bochumer AntifaschistInnen ein Rätsel. Handelte es sich hierbei um die Stärkung der ortsansässigen Nazis, war das Vorhaben als Propagandasignal für das Ruhrgebiet gemeint oder ist geplant in Bochum mit der FAP oder einer anderen NS-Partei zu den nächsten Wahlen 1994 anzutreten? Wer Auskunft darüber geben kann melde sich bitte bei der: "Antifa/Info" c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 4630 Bochum 7

Bochum

Volker Dau und die "Feuerteufel"



Volker Dau

Auf Pressearbeit versteht er sich, der Volker Dau. Wen wundert es. Neben seinem Laden für Modellbahnen, dem "Dau-Bo-Bahn"-Geschäft hat der Ex-Kart-Rennfahrer eine Werbeagentur und ist Mitherausgeber des "Sonntags-Kurier", der in Witten und Langendreer erscheint. Und gute Kontakte hat der Mann. Zur WAZ. Diese nämlich ermöglichte ihm, für sich und seinen Trabi-Club auf der ersten Seite der WAZ-Neujahrs-Sonderbeilage Werbung zu machen. Am 22.1.'93 sah Herr Dau sich genötigt noch einmal seine guten Pressekontakte zu bemühen. Er hatte von "Feuerteufeln" die nächtlings die Anwohner von Riemke/Hofstede beunruhigen und vom Oktober bis Januar schon vier PKWs zerstörten zu berichten. Die WAZ nahm es mit der journalistischen Sorgfaltspflicht nicht so genau und so entstand der Eindruck, daß es sich hier um Vandalismus handelte. Genau genommen waren es aber nur die Autos des Herrn Dau, die brannten. Die sogenannten "Feuerteufel" nennen sich selbst "Schwarzer Stern Ruhrgebiet" und halten Herr Dau seine langjährige Mitgliedschaft in der NPD vor, sowie die Herausgabe des Nazi-Magazins "Perplex". Er, sein Bruder und sein Vater seien langjährige Naziaktivisten und würden sich in dem Laden auf der Poststraße 3 bundesweit mit Gleichgesinnten treffen. Es ist zu hoffen, daß die WAZ demnächst Leuten wie Herrn Dau nicht zur Publizität verhilft.

Initiative Volkswille und Anti-Antifa

Die sechs im Dezember letzten Jahres festgenommenen Mitglieder der "Initiative Volkswille", einer Vorfeldorganisation der GdNF, sind mit einer Ausnahme wieder auf freiem Fuß. Die 19 bis 25jährigen waren unter dem Verdacht der Bildung einer kriminellen und terroristischen Vereinigung in und um Bochum verhaftet worden. Bei ihnen wurden Waffen, rechtsextremistisches Propagandamaterial, Sprengstoff, Zündmittel, Fernzündeinrichtungen, Funksprechgeräte sowie Sturmgepäck beschlagnahmt, die für Angriffe gegen Flüchtlinge, Linke und Journalisten eingesetzt werden sollten. Es lägen "offensichtlich keine Haftgründe mehr vor", so Oberstaatsanwalt Helmut Plett aus Dortmund. Aufgeflogen war die Gruppe durch eine lancierte Falschmeldung eines ihrer Mitglieder (siehe Wuppertaler Antifa-Bericht Winter '93). Genau dieses Mitglied, Marcus Scholz, befindet sich in Wuppertal in Untersuchungshaft. Mittlerweile ist bekannt geworden, daß Scholz versucht hat, sich in Antifa-Gruppen einzuschleichen und zwar im November letzten Jahres. Dies wurde frühzeitig erkannt und abgeblockt.

Bonn

Springwald verurteilt

Das Amtsgericht Siegburg begrüßte am 20. Januar einen alten Bekannten: Michael Springwald. Ein Jugendlicher, der von ihm zusammengeschlagen wurde, hatte auf Schadensersatz geklagt. Das Gericht verklagt ihn auf 1800.- DM. Zur Erinnerung: Springwald ist zur Zeit auf Bewährung draußen: ein Jahr Haft auf drei Jahre Bewährung steht offen.

Antifa-Aktion in der Fußgängerzone

"Unsere Lichterkette als Provokation für Euch!" Eine Aktion der Antifa in der Bonner Fußgängerzone sollte am 28. Januar darauf aufmerksam machen, daß Lichterketten zwar nett anzusehen und hervorragend symbolisch sind. Aber: sie helfen keinem Opfer faschistischer Gewalt, Nazis lassen sich durch sie sicherlich nicht einschüchtern. An mehreren Stellen in der Innenstadt baut sich die Lichterkette auf, kurz darauf wird keine fünf Meter entfernt ein ausländischer Jugendlicher von parolenbrüllenden Nazis überfallen. Die TeilnehmerInnen der Lichterkette wenden sich demonstrativ ab, auf dem Rücken tragen sie Schilder mit der Aufschrift "Wir schauen weg für den See-

lenfrieden". Die PassantInnen erfüllen die in sie gesetzten Erwartungen - bis auf wenige erfreuliche Ausnahmen - voll: Ein kurzer Blick, ein paar schnelle Schritte, bloß weg und nichts gesehen haben! Die Ausnahmen: ein paar Jugendliche, die ihre Knüppel erst wegstecken als sie sehen, "daß die Antifa Theater spielt". Ein paar ausländische Straßenhändler, die offensichtlich schon Erfahrung mit bedrohlichen Situationen haben und deshalb vorbereitet sind. Und ein Yuppie, der im letzten Moment am Eingreifen gehindert werden kann. "Mein Adrenalinspiegel war kurz unter der Schädeldecke".

Demo zum 30. Januar

Zum 60. Jahrestag der Machtübergabe an die Nazis finden in vielen Städten Demos und Aktionen statt. Die bundesweit größte Demonstration (ca. 6000 TeilnehmerInnen) findet mit Beteiligung der Antifa Bonn/Rhein-Sieg in Düsseldorf statt. In Bonn nehmen ca. 300 Menschen an einem antifaschistischen Stadtrundgang teil. Er führt vom Friedensplatz (ehemaliger "Adolf-Hitler-Platz") vorbei an einigen der vielen Stätten mit faschistischer Vergangenheit zum ehemaligen Standort der Bonner Synagoge unterhalb der Kennedybrücke am Bonner Rheinufer. Am Abend versammeln sich etwa 1000 (ca. 0,3%) der Bonner BürgerInnen brav und ohne etwa den Verkehr zu behindern auf dem Grünstreifen der Poppelsdorfer Allee, um mit einer Lichterkette ihre "Betroffenheit" zu zeigen..

Nazi-Veranstaltung verboten

Am 29. Januar verbot Polizeipräsident Kniesel eine für den 31.1. geplante Veranstaltung des "Förderkreis Freies Deutschland" (Ex- Initiative Gesamtdeutschland, inzwischen schon wieder umbenannt in "Förderkreis Köln-Aachen" - die neue Bescheidenheit der Nazis?) wegen zu erwartender volksverhetzender Äußerungen. Ein eindeutig politisches Verbot, einmal nicht mit "zu erwartenden Ausschreitungen seitens der Antifa" begründet.

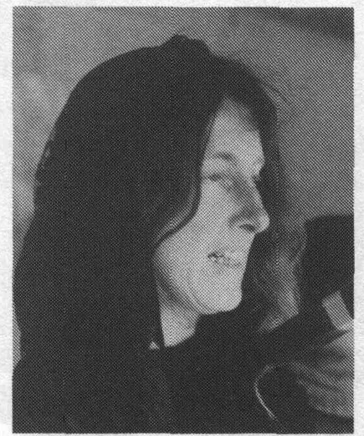
REP-Stand aufgelöst

Ein Infostand der Republikaner in der Siegburger Innenstadt wird am 6. Februar von entschlossenen Antifa-Leuten aufgelöst und "ordnungsgerecht entwertet".

Nazi-Feier geschützt - Antifa-Leute festgenommen

Am frühen Abend des 6. Februars werden in Troisdorf-Sieglar Naziskins und andere einschlägig bekannte Neofaschisten gesehen. Offensichtlich bereiten sie eine Feier in der Gaststätte "Zur Laterne" vor. Gegen 20 Uhr werden 2 türkische Jugendliche von ca. 10 mit Baseballschlägern bewaffneten Jugendlichen gejagt, sie können jedoch entkommen. Außerdem wird beobachtet, wie Zivilpolizisten Treffpunkte linker und ausländischer Jugendlicher observieren. Zu dieser Zeit führen ca. 60-80 Nazis unter gehißten Fahnen ihre Feier durch. Gegen 22.40 Uhr erreicht eine spontane Gegendemonstration von rund 120 deutschen und türkischen Jugendlichen den Ort des Geschehens. Vor der Gaststätte läßt sich die Demonstration auf Verhandlungen mit der zahlenmäßig weit unterlegenen Polizei ein. Mit dem Hinweis auf bereits erfolgte Angriffe auf ausländische Jugendliche wird die Auflösung der Feier verlangt und für diesen Fall friedliches Verhalten zugesichert. Die Polizei beschränkt sich auf das Absperren der Kneipe und beantwortet die wiederholte Forderung nach Auflösung mit dem Einsatz von Tränengas und Hunden. Außerdem wird immer wieder zugesichert, die Feier würde aufgelöst. Gleichzeitig rückt immer mehr Polizei in Kampfausrüstung an. Schließlich wird zugesagt, sich für eine Stunde ganz zurückzuziehen, um einen konfliktfreien Ablauf der Auflösung des Nazitreffens zu ermöglichen. Dieses Verhalten belohnt die Polizei mit der Einkesselung und Festnahme von 30 GegendemonstrantInnen ca. 600 Meter von der Gaststätte "Zur Laterne" entfernt. Dabei werden unter anderem Polizeihunde ohne Maulkorb auf die

Bonn



Eva Quistorp

Jugendlichen losgelassen. Bei dem Nazitreffen handelte es sich um ein überregionales Treffen, es wurden Autos aus dem gesamten Bundesgebiet gesichtet. Interessant ist auch die anschließende Berichterstattung in den bürgerlichen Medien. Behauptete die Polizei am Dienstag noch, "die Besucher der vermeintlichen Geburtstagsfeier könnten nicht eindeutig als Rechtsradikale bezeichnet werden", so wurde einen Tag später ein Foto mit "gefährlichen Gegenständen, die sichergestellt wurden" veröffentlicht, darunter neben Bierdosen und einem Gürtel faschistische Fahnen. Am schönsten noch die Überschrift: "Autonome wollten Neonazi-Treffen überfallen - Polizeibeamte verhinderten ein Blutbad!"

Rechte auf Soli-Demo

Die "Initiative Heidelberger Frauen gegen Vergewaltigungslager" (im ehemaligen Jugoslawien) organisierte eine Solidaritätsdemonstration am 13. Februar für die vergewaltigten Frauen in Bosnien-Herzegowina. Treffpunkt (welch ein Wahnsinn!) war der Bonner Schlachthof, von wo die Demo durch abgelegene Straßen und Gassen Richtung Innenstadt zog. Auf dem Münsterplatz, dem Ort der Abschlußkundgebung, befanden sich bereits Infostände der "ALFA", einer rechten sogenannten Lebenschützer-Organisation, der MUN-Sekte unter dem Namen "Frauenföderation für den Weltfrieden e.V.", außerdem wurden Flugblätter der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" verteilt, die mit dem "Schiller-Institut" bzw. der EAP und der Wochenzeitung "Neue Solidarität" zusammenhängt. Unter den RednerInnen befand sich auch Eva Quistorp, einst überzeugte Pazifistin und inzwischen Kämpferin für ein militärischen Eingreifen in Jugoslawien. Bereits Mitte der 80er Jahre gehörte sie zum Kreis um den Nationalrevolutionär Rolf Stolz und seiner Gruppe "Linke Deutschland Diskussion" (LDD), die die nationale Frage "von links" aufrollen wollte. Außerdem ist sie in der New-Age-Bewegung engagiert. Da wundert es dann auch nicht, daß die Kundgebung spiritistisch endete und Eva ihr "OM" beisteuerte. Ca. 200 der anwesenden Frauen bildeten einen "Energiekreis", nachdem zuvor die anwesenden Männer aufgefordert wurden, ihnen den Rücken freizumachen. So könne die Energie aus dem Boden wie ein Feuerkegel den Frauen in Bosnien zugeleitet werden....

Info-Stand der Mun-Sekte am 13.2. in Bonn

Anklage eröffnet

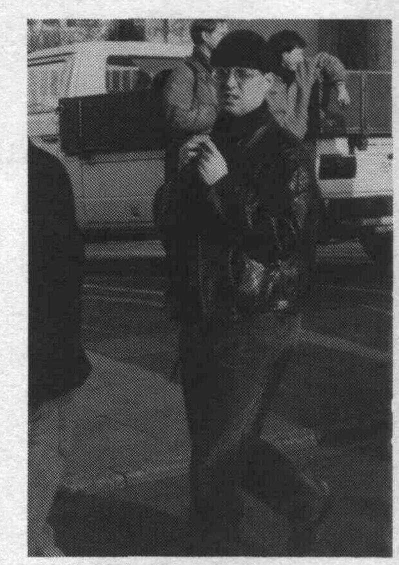
Anfang März wurde in Koblenz die Anklageschrift gegen zwei Neonazis vorgelegt, die in der Nacht zum 1. August '92 in Bad Breisig einen 51-jährigen Obdachlosen zunächst geschlagen und getreten hatten. Danach gingen sie wieder in die Kneipe, um weiter zu trinken. Schließlich sahen sie erneut nach ihrem Opfer. Als sie feststellten, daß der Mann noch lebte, traten sie ihn erneut und brachten ihn schließlich mit einem Messer um. Wie der Staatsanwalt mitteilt "ist das Verhalten der Täter nicht von rechtsextremistischem Gedankengut beeinflußt gewesen".

FAP-Kreisvorsitzender verprügelt

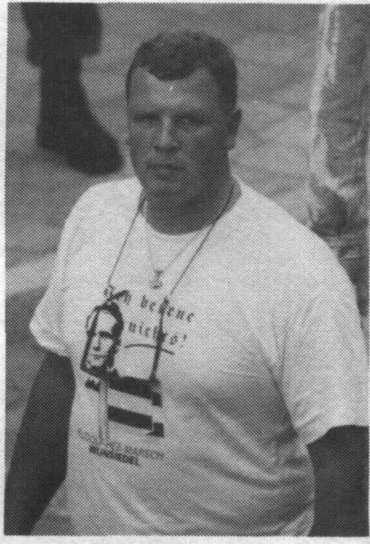
17.3.: "Hallo, hier ist das nationale Infotelefon..." Stand der aktuellen Meldungen ist Dienstag, der 16. März, 19 Uhr. Am 7. März wurde der Kreisvorsitzende der Bonner FAP, Norbert Weidner, von vier linken Chaoten überfallen und verletzt sowie persönlichen Gegenständen im Wert von ca. 400 DM beraubt. Als mutmaßliche Täter kommen ein S.. H.. aus Bonn sowie ein M.. U.. aus Sankt Augustin in Frage. Beide sind der Polizei bekannt, die Ermittlungen hierzu laufen..." (Abschrift eines Anrufes beim "Nationalen Infotelefon", beide Namen wurden vollständig genannt.).

NO und HNG Funktionär Sennlaub verhaftet

1988 sprach das Jugendschöffengericht Dortmund 15 Neonazis schuldig, eine Antifa-Runde in Lütgendortmund gesprengt zuhaben. Zwei der Verurteilten waren Siegfried Borchardt (FAP) und dessen ehemaliger Pressesprecher Christian Sennlaub. Das Urteil wurde in zweiter Instanz vom OLG aufgehoben. Am 27.11.1992 wurde Sennlaub vom Dortmunder Landgericht zu eineinhalb Jahren auf Bewährung verurteilt. Dort wurde ihm außer seiner Tätigkeit bei der HNG von weiteren politischen Aktivitäten "abgeraten". Bei der HNG fungierte Sennlaub als Schriftführer und presserechtlicher Verantwortlicher. Am 5.12.92 fand ein Treffen der NO in Dortmund statt, eingeladen hatte der Kreisverband Witten, unterzeichnet hatte Andre Krieger im Auftrag des Kreisvorsitzenden Sennlaub. Im Zuge der Verbotsermittlungen bei der NO wurden im Raum Bochum-Witten-Dortmund mehrere Wohnungen durchsucht, es wurden Schwarzpulver, Namenslisten, Arbeitspläne, Adreßbücher und Computerdisketten gefunden. Drei 14, 22 und 30 Jahre alten Nazis der NO griffen eine 56jährige Zeitungsausträgerin am 15.12.92 an, sprühten ihr Reizgas ins Gesicht und brühlten "Heil Hitler". Alle drei Personen wurden festgenommen. Am 29.01.93 erfolgte die erneute Festnahme Sennlaubs, ein Verfahren wegen §129 wurde eingeleitet, er soll die gegründete NO-Gruppe zu Anschlägen auf Flüchtlingsheime aufgefordert haben. Ein weiterer Anklagepunkt ist die Anwerbung eines Witteners für die kroatische HOS (eine faschistische Kampfeinheit). Ein weiteres Mitglied, das aus dem HOS Vertrag aussteigen wollte, wurde massiv bedroht (dann "verschwinde" er gleich). Die Festnahme Sennlaubs beeinträchtigte die Verbreitung der HNG-Nachrichten stark, es werden dringend neue Mitarbeiter gesucht. Nachfolger von Sennlaub ist übrigens Christian Malcoci; seit der Januar Nummer - die allerdings erst im Februar erschien - ist er 'vorübergehend' für die HNG-Nachrichten verantwortlich. Malcoci und Sennlaub sind schon früher gemeinsam aktiv gewesen: Am 20.4.90 (Hitlers Geburtstag) drangen sie in das WDR-Gebäude in Köln ein und befestigten am dpa-Büro ein Transparent mit der Aufschrift: "Adolf Hitler - 100 Jahre - sein Kampf - unser Auftrag".



Christian Sennlaub



Siegfried Borchardt

Rassismus? In Dortmund? Aber nicht doch!

Eine Einbruchsserie am Wochenende 21./22. November 1992 enthielt der damalige Polizeibericht, aber kein Wort von einer brutalen Messerstecherei vor der Diskothek "Musikzirkus". Zufall?

Wohl nicht, denn bei dieser Messerstecherei handelte es sich um einen Überfall von zwei Mitgliedern der "Republikaner", einer von ihnen Mitglied des Dortmunder Kreisvorstands. Außerdem soll einer von ihnen Mitglied der "Nationalen Offensive" sein.

Vorausgegangen war ein Streit zwischen einem deutschen und einem türkischen Besucher der Diskothek, den diese friedlich beilegten. Dies passte nun wiederum den beiden REPs ganz und gar nicht; ihr Kommentar dazu: "Was seid ihr denn nur für Deutsche, daß ihr nicht sofort auf die Ausländer draufhaut!" Als sie von dem jungen Deutschen aufgefordert wurden, zu verschwinden, kam es zu weiteren Auseinandersetzungen, in dessen Verlauf einer der REPs mit einem Kampfmesser zustach und den Deutschen lebensgefährlich verletzte, während der andere die Umstehenden mit einer Gaspistole in Schach hielt.

All dies war es der Polizei nicht wert, in den Polizeibericht aufgenommen zu werden; dementsprechend fand sich auch kein Wort davon in den Medien. Erst zwei Monate später wurde der Überfall bekannt. Ganz offensichtlich sollte hier eine Tat verschwiegen werden. Rassismus? Gibt es nicht in Dortmund, scheint das offizielle Motto zu sein. Mittlerweile prüft die Staatsanwaltschaft sorgfältig, ob sich "Außländerhaß" hinter der Tat verbirgt!

Dortmund

"Die Stadt in friedlichem Protest erleuchten lassen"

Manchmal fragt mensch sich doch noch, was die Politiker in diesem Land sich noch an Unverfrorenheit leisten können - obwohl mensch es ja eigentlich besser wissen sollte und daher das Staunen überflüssig ist.

Unter denjenigen friedlich bewegten, die zur Teilnahme an der Lichterkette in Dortmund am 30.1.93 aufriefen, war auch der SPD-OB Samtlebe. Diese Lichterkette fand genau zwei Tage nach einer Ratssitzung statt, in der über die Folgen des Asylverfahrens für Dortmund berichtet wurde. Mit der Einrichtung einer der "Zentralen Anlaufstellen für Asylbewerber" (ZASt) hatte sich die Stadt von der Aufnahme von Flüchtlingen bis Ende 1992 freigekauft. Ab 1993 soll Dortmund nun 4200 Flüchtlinge aufnehmen - offensichtlich zuviel für die Verantwortlichen in dieser Stadt. Der schmutzige Deal, den sie planen, ist die Umwandlung der ZASt in eine "Zentrale Ausländerbehörde" (ZAB) - eine treffendere Bezeichnung wäre "Zentrale Abschiebebehörde", denn dafür ist sie zuständig: die Abschiebung abgelehnter Flüchtlinge. Mit dieser ZAB kann sich die Stadt in Zukunft von 1500 Flüchtlingen freikaufen.

Kein Grund für OB Samtlebe, beim Aufruf zur Lichterkette vor Scham rot zu werden! (Vielleicht sagt dies ja auch etwas über die Funktion dieser Modeerscheinung Lichterkette aus?!)

Antifa-Café

Seit Anfang Januar gibt es in Dortmund jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 18 - 22 Uhr im Literaturcafe des Buchladen Taranta Babu, Humboldtstr. 44, ein Antifa-Café. Dort können sich Menschen informieren, diskutieren, in Arbeitsgruppen mitarbeiten oder einfach nur mit anderen AntifaschistInnen reden.

Düsseldorf

Die FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT - Sammelbecken von Rechtsextremisten aller Art

Dieser Artikel beschäftigt sich mit dem organisierten Rechtsextremismus in Düsseldorf und dabei insbesondere mit der FREIEN WÄHLERGEMEINSCHAFT (FWG).



Aufkleber der FWG

Das bedeutet nicht, daß andere faschistische Organisationen in Düsseldorf nicht präsent sind. Der FWG kommt aber in so weit eine besondere Bedeutung zu, als sie ein Paradebeispiel für ein gemeinsames Vorgehen von Rechtsextremisten ist. In verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen wird versucht, unter dem Deckmantel einer "bürgernahen, kommunalen und parteienunabhängigen Wählergemeinschaft" ein Netz zu spannen und ein Sammelbecken der Rechten zu bilden. Die Aufnahme der FWG-DÜSSELDORF in den BUNDESVERBAND FREIER WÄHLERGEMEINSCHAFTEN sorgte für eine vielversprechende Tarnung, die auch in anderen Städten zunehmend gewählt wird.

Entstanden ist die Mini-Fraktion im Düsseldorfer Rathaus aus der Fraktion der REPUBLIKANER, der 1989 mit 5 Mandaten der Einzug in den Stadtrat gelang. Aufgrund interner Streitereien kam es recht bald zu einer Spaltung. Endergebnis: Der Ex-REPUBLIKANER und Bäckereibesitzer Herbert Zaunbrecher, Ex-Bundesvorsitzender der DSU-West, gründete nach dem Ableben eines der ewig-gestrigen Saubermänner im März 1991 gemeinsam mit der Nachrückerin Petra Lauer unter dem Namen FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT (FWG) eine neue Ratsfraktion. Der Fraktion DIE REPUBLIKANER die "Treue" hielten Wolfgang Rau sowie Theo Romahn. Dem letzten der 5 Kameraden, Hartmut Janssen (DIE KONSERVATIVEN), verblieb das fraktionslose Exil.

Auf der Gründungsversammlung des FWG-DÜSSELDORF E.V. (derzeiti-

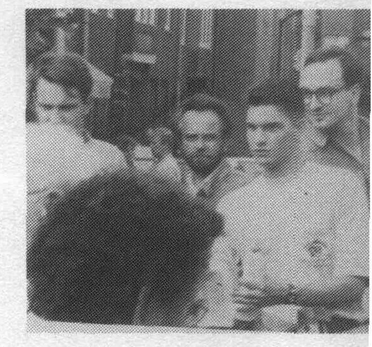
ger Mitgliedstand ca. 350-400 Personen) Ende 1991 wurde ein 6-köpfiger geschäftsführender Vorstand gewählt. Vorsitzender wurde der "Nationalverleger" Kurt Winter, Eigentümer des Verlags MEHR WISSEN (sh. auch das Liederheftchen von Michael Kühnen), des LEBENSKUNDE-VERLAGS und des Buchversandes WISSEN UND LEBEN, über die er z.B. Schriften von A. von Thadden und Hans Grimm ("Volk ohne Raum") vertreibt. Winter, der auch bei der DEUTSCHEN UNITARIER RELIGIONSGEMEINSCHAFT aktiv ist, betätigt sich darüber hinaus u.a. als Chefredakteur der WAERLAND GESUNDHEITSZEITUNG und schlägt Brücken in die Öko- und Gesundheitsbewegung sowie in esoterische Zirkel.

Stellvertretender Vorsitzender, Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer wurde Torsten Lemmer, Ex-Mitglied des Kölner Kreisverbandes der REPs und laut Bundeswahlleiter 1990 stellvertretender Bundesvorsitzender der FREIHEITLICHEN VOLKSPARTEI (FVP) des Franz Handlos. Bundesweit in die Schlagzeilen geriet er durch seine Managertätigkeit für STÖRKRAFT. Darüber hinaus bekleidet(e) Lemmer eine Vielzahl von Pöstchen in verschiedensten Vereinen und Organisationen, die sich für eine Unterwanderung anboten. Lemmers Zeit als Fraktionsgeschäftsführer endete am 31.3. d.J., nachdem er mit dem bekannt gewordenen wörtlichen Abkupfern von Anträgen der NPD-Fraktion aus Frankfurt und daraus entstandenen Querelen mit der auf Ruhe bedachten Petra Lauer für Zaunbrecher nicht mehr tragbar erschien. Dies meint nicht, daß hier inhaltliche Differenzen eine Rolle gespielt haben. Der Geschäftsmann Zaunbrecher sah nur langsam seine Felle schwimmen und brachte der Öffentlichkeit und den sich in Empörung übertreffenen großen Ratsfraktionen das gewünschte Opfer. Deutlich wird das schon daran, daß Lemmer nach wie vor stellvertr. Vorsitzender des FWG E.V. ist und als FWG-Spitzenkandidat für die nächste Kommunalwahl gehandelt wird. Derzeit betätigt er sich u.a. als Mitherausgeber und Redaktionsmitglied der DEUTSCHE LIGA-nahen Hetzschrift EUROPA VORN und als Gesellschafter der Plattenfirma DORFMUSIK, mit der er "rechtskonservative deutsche Rockmusik" "fördern" will (siehe Artikel in dieser Ausgabe).

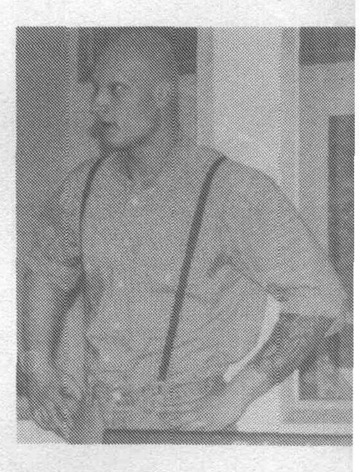
Trotz nach außen hin demonstrierter Distanz z.B. zu den REPUBLIKANERN kommen die meisten FWG-Macher aus den selben Ställen - von der rechten CDU bis zu militanten Nazi-Szene. So bekleiden oder bekleideten z.B. ehemalige Mitglieder und Funktionäre der FAP (Lars Stehr), der NF (Christoph Gölden) sowie der NRW-Schatzmeister der JN, Marc Peters, Ausschußposten im Stadtrat sowie weitere Funktionen innerhalb der FWG.

Die FWG schien das erfolgreichere Konzept als die REPUBLIKANER anbieten zu können. Ein Schwerpunkt dieses Konzepts besteht darin, Gruppen und Organisationen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen vor den eigenen Karren zu spannen. Während Fraktionsvorsitzender Zaunbrecher als IHK-Mitglied den "Law and Order-Man" des gewerblichen Mittelstands spielt, bauen Lemmer und Anhang Brücken zu ihren jugendlichen Freunden aus der Skin- und Neonazi-Szene. Die FWG wurde zur rechtsextremen Sammlungsbewegung in Düsseldorf. Es gelang die Unterwanderung diverser Vereine; verschiedenste Szenen wurden gezielt angesprochen und in die FWG integriert. Die Herausgabe einer Schülerzeitung (REFLEX) und Organisation von "Oppositionsstammtischen", auf denen z.B. Fahrten zu STÖRKRAFT-Konzerten organisiert wurden, seien hier als Beispiele angeführt.

Überregional bestehen insbesondere zur DEUTSCHEN LIGA (DL) in Köln hervorragende Kontakte, die sich in einer starken Zusammenarbeit bemerkbar machen. Diese Kontakte laufen insbesondere über Torsten Lemmer, der vor seiner FWG-Zeit mit den Kölner DL-"Ratsherren" Markus Beisicht und Manfred Rouhs bei den REPS in Köln aktiv war und über Helga Grabenhorst, Mitglied im NRW-Landesvorstand der DL und Beisitzerin im Gesamtvorstand der FWG. Beide sind auch auf fast allen größeren DL-Veranstaltungen zu finden. Als Produkte dieser Zusammenarbeit wären z.B. der sehr rege Austausch von Referenten und das fast zeitgleiche Abdrucken, Verteilen und wahrscheinlich auch ge-



Torsten Lemmer (2.v.r.)



Mitglied bei FWG und Störkraft: Stefan Rasche

meinsame Erstellen des "Merkblattes" zu nennen. In diesem "Merkblatt", das mit der gefälschten Urheberschaft des jeweiligen Oberbürgermeisters und der Fraktionen CDU, SPD, FDP und DIE GRÜNEN versehen war, wurde in zynischer Form auf das Übelste gegen AusländerInnen und Flüchtlinge gehetzt. Das aktuellste Beispiel für die Zusammenarbeit stellt das Erstellen und Verteilen von Steckbriefen dar, in denen "rechtschaffende Bürger" aufgefordert werden, Nidar Pampurova, eine Roma aus Mazedonien, "in Eigeninitiative" den "Staatsorganen zuzuführen". Nidar Pampurova lebt z.Zt. mit ihrer Familie im Kölner Raum bei FreundInnen versteckt, weil ihr die erneute Abschiebung droht. Die von der DL ausgesetzte Kopfprämie von 5000,- DM wurde von der FWG am 16.3. um weitere 1000,- DM erhöht.

Auch mit der CDU in Düsseldorf wird die Zusammenarbeit gesucht. Im Rahmen der Oberstadtdirektorwahl wurde der Versuch von Wahlabsprachen zwischen FWG und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzender der CDU, Udo Hassbach, gestartet, die wahrscheinlich nur daran scheiterten, daß sie bekannt wurden und ein offenes Zusammenarbeiten der Fraktionen nach Rostock der CDU politisch zu gewagt erschien. Hinzu kam, daß allmählich immer mehr über die Aktivitäten und Mitglieder der FWG bekannt wurde oder besser: nicht mehr ignoriert werden konnte und insbesondere Torsten Lemmer kaum eine Situation ungenutzt ließ, sich durch Negativschlagzeilen zu profilieren.

Düsseldorfer FWG'ler als Personenschutz für H. Neubauer von der Deutschen Liga. Ein Beispiel der Zusammenarbeit.

Ende 1992 startete die FWG den Versuch einer Bildung einer "Konstruktiven, konservativen Wahlplattform" in Hinblick auf die nächste Kommunalwahl. Angestrebt ist ein Zusammengehen aller "rechtskonservativer" Kräfte in Düsseldorf. In einem von einer INTERESSENGEMEINSCHAFT DÜSSELDORFER POLITIK (IDP) erarbeiteten Papier, werden auf Grundlage einer Bestandaufnahme dieser Kräfte (ÖDP, NPD, DVU, DEUTSCHE LIGA, DIE KONSERVATIVEN, REPUBLIKANER und FWG) Perspektiven und Handlungsansätze erörtert, die es ermöglichen sollen, daß "eine geeinte starke Kraft bei der Kommunalwahl erneut in den Stadtrat einzieht." (siehe Artikel in dieser Ausgabe). Ob diese Einigung unter dem Dach der FWG gelingen kann, ist derzeit nur sehr schwer einschätzbar. Möglich ist auch, daß die REPUBLIKANER versuchen werden, die Meinungsführerschaft wieder zu übernehmen, die sich dieses Jahr ganz der Vorbereitung auf die Kommunalwahl widmen. Dazu gehört, daß sie sich sobald wie möglich von ihren derzeitigen Vertretern im Stadtrat verabschieden wollen, die neue Maßstäbe in Sachen Unfähigkeit, Peinlichkeit und Desengagement gesetzt haben. Wie dem auch sei: Bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit können sich sowohl FWG als auch REPs auf jeden Fall auf einen Bündnispartner verlassen: Die Düsseldorfer Polizei. Erst am 06. März hat sie das wieder einmal durch ein unverhältnismäßig hartes Ein- und Abgreifen bei einer Aktion von Düsseldorfer AntifaschistInnen anlässig eines REP-Standes bewiesen.

Alexander Brekemann

Quellen (u.a.): TERZ-Stattzeitung (Düsseldorf) Februar 1993 und April 1993

Hinweis: In der TERZ-Stattzeitung wird regelmäßig über Düsseldorfs braunen Sumpf berichtet. Die Februar-Ausgabe beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit dem Thema FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT.

Kontakt: TERZ-Stattzeitung, Mulvanystr. 38, 4000 Düsseldorf, Tel.: 0211/628916, Fax.: 0211/629998

Strategiepapier der Rechtsextremen

Herausgegeben von der "Interessengemeinschaft Düsseldorfer Politik (IDP)" erschien Anfang dieses Jahres ein Strategiepapier zu den Chancen und angestrebten Aktivitäten der Rechtsextremen zur Kommunalwahl 1994 in der Landeshauptstadt. Titel: "Das Jahr 1993 - Düsseldorf wird die Hauptstadt der Rechtskonservativen nördlich der Rhein/Main Linie". Bei der IDP handelt es sich um einen der "Freien Wählergemeinschaft" (siehe Artikel in diesem Heft) nahestehenden Zusammenschluß von Geschäftsleuten und Selbstständigen. Es erstaunt deshalb auch nicht weiter, daß die FWG "als die stärkste rechtskonservative Kraft nördlich der Rhein-Main-Linie" bezeichnet wird. Dennoch wird in dem Papier eine nur leicht übertriebene Einschätzung der rechtsextremen Kräfte gegeben, deren Zusammenfassung hier lohnenswert erscheint.

Die "Freie Wählergemeinschaft" wird bei ihrer Gründung Ende 1991 mit 4 Fraktionsmitgliedern und 26 Parteimitgliedern angegeben. Anfang 1993 sind es 41 Fraktionsmitglieder und 371 Parteimitglieder in 10 Ortsverbänden. Als einzige geben sie eine Kommunalzeitung -den "Düsseldraht"- in einer Auflage von 10.000 Ex. heraus. Allerdings sei hier angemerkt, daß diese kaum zur Verteilung kommen.

Die Fraktion der "Republikaner" ist von 20 Mitgliedern 1989 auf 8 Mitglieder Ende 1992 geschrumpft. Ratsfraktion und Kreisverband arbeiten nicht mehr zusammen. Die Fraktion sei isoliert und die beiden Ratsmitglieder heißt es "werden bei der zukünftigen Gestaltung keine Rolle mehr spielen". Der Mitgliederstand ist von ca. 200 im Jahre 1989 auf ca. 150 Ende 1992 gesunken. Ausschlußverfahren seien zwar immer noch auf der Tagesordnung, aber der Kreisverband habe sich nach der Wahl von Richard Staginus zum Vorsitzenden stabilisieren und den Mitgliederschwund auffangen können.

Die "Konservativen", eine Rep-Abspaltung- sind von ehedem 10 Fraktionsmitgliedern auf nur noch eines ohne Fraktionsstatus geschrumpft. Ratsherr Janssen sei "in der rechten Scene Düsseldorfs isoliert" und habe nur noch ca. 5 Sympathisanten.

Die "Deutsche Volksunion" ist in ihrem Mitgliederbestand von ca. 250, 1989, auf etwa 230, Ende 1992 geschrumpft. Die Mitglieder seien hauptsächlich Leser der "Nationalzeitung". Der Kreisverband wird zentral aus München gesteuert, die Aktivitäten in Düsseldorf sind bedeutungslos. Eine Wahlbeteiligung zur Kommunalwahl wird nicht erwartet.

Auch die Aktivitäten der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" werden als bedeutungslos bezeichnet. Der Mitgliederbestand ist von ca. 70 im Jahre 1989 auf ca. 40 Ende 1992 gesunken. Mehrere Funktionsträger hätten die Partei verlassen und der Kreisverband Düsseldorf bestehe nur noch durch die Hilfe des Kreisverbandes Wuppertal.

Die "Ökologisch Demokratische Partei", die gute Kontakte zur FWG unterhalte, ist dagegen gewachsen. Der Kreisverband hat seinen Mitgliederbestand seit 1989 auf 30 Personen verdoppelt. Zweimal monatlich wird ein Stammtisch abgehalten.

Die "Deutsche Liga" hat 1992 die Gründung eines Kreisverbandes betrieben, der aber mit 10 Mitgliedern nicht die Substanz habe um mit Aktivitäten in Düsseldorf in Erscheinung zu treten. Als Fazit wird Düsseldorf mit "über 800 organisierten demokratischen Rechten" als "eine der konservativen Hochburgen in Deutschland" bezeichnet. Die Verfasser des Papiers versteigen sich deshalb wohl in dem Glauben, bei der kommenden Kommunalwahl seien 15-20% rechtsextreme Wählerstimmen in Düsseldorf möglich.

Bundestagsabgeordnete versuchten Jahrestag zu entpolitisieren

Zum 60. Jahrestag der Machtübergabe an die Nationalsozialisten riefen VVN (Vereinigung der Verfolgten der Naziregimes), DGB, Antifa-Gruppen, Flüchtlingsinitiativen und Parteien zu einer Demonstration auf. Sie erinnerten daran, daß Hitler ein Jahr nach seinem Treffen und seinem Pakt mit Vertretern

und Banken im Düsseldorfer Industrieclub Reichskanzler wurde. Der Aufruf zur Demonstration bezog auch Stellung gegen die bevorstehende Abschaffung des Asylrechts. 5.000 machten sich auf den Weg und veranstalteten ein Pfeifkonzert vor dem Düsseldorfer Industrieclub. Die Initiative für die Demonstration ergriffen zwei Düsseldorfer AntifaschistInnen, die bereits Anfang der 30er Jahre vor dem Industrieclub an einer Jugend-Demonstration gegen Hitler teilgenommen hatten.

Für den gleichen Tag riefen die drei Düsseldorfer Bundestagsabgeordneten zu einem "Lichterfest des Friedens und der Menschlichkeit" auf der Königsallee auf. Eine Koordination mit der Demo zum Industrieclub gab es nicht. Die Profipolitiker kochten ihr eigenes Süppchen, möglichst frei von politischen Zutaten. 120.000 folgten ihrem Aufruf. Insgesamt gingen an diesem Tag in ganz NRW etwa 250.000 Menschen auf die Straßen.

"FußballFans gegen Rechts" organisieren sich

Auch Fans von verschiedenen Bundesliga- und Oberligavereinen nahmen am 30. Januar an der Demonstration gegen Neo-Nazis, Rassismus, Ausländerhaß in einem eigenen Block "FußballFans gegen Rechts" teil. Den größten Mob stellten (mal wieder) die Schalker, es folgten St.Paulis, Gladbacher, Düsseldorfer, Frankfurter, Lauterer, Aachener. Der Wuppertaler SV war leider nur durch eine Person vertreten. Andere Wuppertaler hatten wohl Berührungsängste. Das Kommunikationszentrum ZAKK mit seinen Veranstaltungen an diesem Wochenende bot den Fans den Rahmen, sich kennenzulernen und weiter zu organisieren. Am Sonntagabend wurde im Rahmen einer Podiumsdiskussion harsche Kritik am DFB geäußert, der mit seiner Trikot-Aktion nur Lippenbekenntnisse ablieferte, dieser Diskussion aber fernblieb. Geballte Kritik mußten sich auch die Medienvertreter gefallen lassen. Ihre 08/15-Berichterstattung stärkt nur das Klischee von rechtsradikalen Schlägern im Stadion. Gegen diese Schublade, aber vor allem gegen Rassismus beim Fußball wollen die Fans weiter aktiv anstinken.



Fußballfans am 30. Januar

EUROPA VORN oder "Wir sind das bessere Deutschland"

Alleiniger Herausgeber dieses rechtsextremen Blattes war bis Anfang Februar dieses Jahres der Kölner Ratsherr und ehemalige NRW-Landesvorsitzende der NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) Manfred Rouhs, dem gemeinsam mit 6 weiteren REP-Mitgliedern 1989 der Einzug in den Kölner Stadtrat gelang. Ebenso wie z.B. in Düsseldorf kam es aber sehr schnell zu einer Spaltung, aus der u.a. die FRAKTION DEUTSCHE LIGA IM RAT DER STADT KÖLN hervorging, der z. Zt. außer Manfred Rouhs noch Markus Beisicht als Fraktionsvorsitzender angehört.

Europa-Vorn-Herausgeber Manfred Rouhs

EUROPA VORN erscheint seit Mitte 1987, währenddessen 14-tägig als EUROPA VORN AKTUELL und 1/4-jährlich als EUROPA-VORN SPEZIAL, die seit Oktober 1991 in Kiew bei der ukrainischen PAMJAT gedruckt wird. Geplant ist, EUROPA VORN AKTUELL ab Dezember 1993 auf ein wöchentliches Erscheinen umzustellen. Derzeit (Mitte März) ist man aber erst noch damit beschäftigt, die Redaktion "aus Kölner Privaträumen" (Rouhs' Wohnung)" in Düsseldorfer Büroräume" zu verlagern. Die neuen Räumlichkeiten befinden sich im Haus des Vorsitzenden der FREIEN WÄHLERGEMEINSCHAFT DÜSSELDORF Kurt

Winter (siehe Artikel zur FWG) in der Jägerstraße.

In EUROPA VORN findet eine stetige Hetze gegen Flüchtlinge und AusländerInnen statt. Es wird u.a. für rechtsextreme Schriften geworben, die "Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete" gefordert, Geschichtsrevisionismus in übelster Form betrieben und bekannten Rechtsextremisten ein Forum geboten, über Artikel und Interviews ihren inhaltlichen Unrat abzulassen. Als Beispiel hier ein Zitat aus einem Artikel von Joachim Oertel nach dem Pogrom in Rostock: "Die Zigeuner wurden im Dritten Reich nich rassistisch verfolgt. (...) Letzlich wanderten sie wie andere Berufsverbrecher wegen ihres Glaubens ins KL. Wegen ihres Glaubens? Ja! Viele glauben auch heute noch, sich mit Diebstahl und Raub leichter als mit Arbeit durchs Leben schlagen zu können. (...) Die Zigeuner setzen alles daran (...) ebenfalls mit ihrer Verfolgung Milliardengewinne zu machen." (EUROPA VORN AKTUELL Nr. 36). Weitere Beispiele und eine Bewertung dieses Zitats erübrigen sich hier wohl.

Seit der Ausgabe Nr. 45 vom 15.02.1993 erscheint EUROPA VORN AKTUELL nun mit einer neuen, erweiterten Herausgeberschaft. Zu Manfred Rouhs gesellen sich 4 weitere Personen. Neben Torsten Lemmer und Marc Peters (FWG, siehe Artikel in dieser Ausgabe) wird das Blatt jetzt noch von Jörg Petritsch, Sänger und Texter der Fascho-Skin-Band STÖRKRAFT sowie Christian Eitel, Mitglied der FWG Düsseldorf und FWG-Vertreter im Sportausschuß des Stadtrats herausgegeben. Eitel durfte sich im übrigen auch schon bei Veranstaltungen als Bodyguard des DL-Bundesvorsitzenden und Europaparlamentariers Harald Neubauer betätigen.

Diese 5 Personen sind darüber hinaus auch identisch mit den Gesellschaftern der kürzlich in Düsseldorf gegründeten Plattenfirma DORFMUSIK ("Versand von CDs, MCs, LPs"). In Anzeigen in EUROPA VORN und NATION EUROPA wird das Erscheinen der "Modernen Zeiten, die erste bundesweite Szene-Zeitung für Musik und Trends einer neuen Generation" angekündigt. Als Kontaktperson in Düsseldorf fungiert Willi Schobert, Mitglied der FWG und des Stadtratausschusses für Fremdenverkehr, Stadtwerbung und Kongresswesen. Schobert, dessen Wohnung im selben Haus wie die von Lemmer zu finden ist, bekam Anfang Februar ebenso wie Petritsch unerfreulichen Besuch im Rahmen der NRW-weiten Razzia gegen insgesamt 28 Skinbands. Viel Phantasie bedarf es nicht zu vermuten, welche Bands die "Modernen Zeiten" einläuten werden.

Alexander Brekemann



"Dorfmusiker" an einem Tisch: v.l. Petritsch, Lemmer, Klaus Martin, Volker Grüner, Christian Eitel.



Anzeige von "Dorfmusik"

Brandstifterprozeß in Düsseldorf

Am 16.02.1993 ging in Düsseldorf ein Prozeß gegen fünf Brandstifter, die am 04.09.1992 vier Molotow-Cocktails gegen die Wände des Aussiedlerheims an der Pflugstraße geworfen hatten, zu Ende. Bereits zwei Tage zuvor hatten sie an gleicher Stelle einen Brandsatz geschleudert. In beiden Fällen gelang es glücklicherweise, das Feuer rechtzeitig zu löschen. Die Anklage lautete auf versuchten Mord und schwere Brandstiftung. Richter Tönshoff erkannte aber keinen Vorsatz, Menschen zu töten oder zu verletzen und wertete die Tat als lediglich persönlich motiviert, also ohne politischen Hintergrund. Die Urteile: Zweimal 18 Monate auf Bewährung, einmal 10 Monate auf Bewährung, einmal 22 Monate Haft und einmal 4 Jahre Haft, wobei bei letzterem noch ein Urteil über eine andere Straftat enthalten ist.

Düsseldorf

REP-Stand "verschoben"

Am Samstag, den 06.03.93 wagten sich die Düsseldorfer REPs wieder einmal an die Öffentlichkeit. Ca. 20-30 AntifaschistInnen versuchten dies zu verhindern. Obwohl es zu keinerlei Handgreiflichkeiten kam - lediglich ein Teil des Infomaterials der REPs erlitt eine plastische Verformung und der Stand wurde "verschoben" (Rheinische Post) - griffen die den REPs zu Hilfe eilenden 30 Staatsschützer unverhältnismäßig hart ein. Drei AntifaschistInnen wurden abgegriffen, gegen zwei Anzeige wegen Sachbeschädigung und Widerstand erstattet.

Anschläge rückläufig

Die Zahl der Straftaten gegen Ausländer ist in NRW seit Jahresbeginn zurückgegangen. Im November 1992 registierte das Innenministerium NRWs noch 389 ausländerfeindliche Straftaten. Im Januar 1993 waren es noch 148 und im Febuar 100. 1992 insgesamt wurden 1704 Straftaten dieser Art gezählt, darunter 535 Gewaltdelikte. Siebzehn Spezial-Ermittlungsgruppen mit 150 Beamten sind NRW weit im Einsatz.

Essen

Essen - Metropole rassistischer Gewalt

In Essen, der größten Ruhrgebietsstadt mit über 700.000 Einwohnern, nimmt der rechte Straßenterror seit einigen Monaten eine Form an, die letztendlich zur Antifa-Demonstration am 11.März führte.

Leider war die Resonanz recht gering (ca. 300 Leute), was allerdings bei dem jahrelang fehlenden antifaschistischen Widerstand kein Wunder ist: es gibt in der Stadt nämlich kaum Kräfte, die dahingehend in Erscheinung getreten wären.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die Faschisten gerade in Essen tun und lassen können, was sie wollen ohne irgendeine Form der Gegenwehr zu spüren.

Neben zahlreichen Brandanschlägen, Sachbeschädigungen und brutalen Übergriffen auf ausländische Flüchtlinge (u.a. wurde im letzten Jahr der Rohbau eines Flüchtlingswohnheimes angezündet - 100.000 DM Sachschaden) sorgte ein besonders dreister Fall für Aufsehen in den Medien: 1991 hatte eine faschistoide Bürgervertretung in Überruhr Nazi-Skinheads angeheuert, um sie gegen eine AusländerInnenunterkunft in nachbarlicher Nähe einzusetzen. Die Skins hatten zweimal Brandsätze geworfen und dafür ein paar hundert Mark erhalten.

Den absoluten Höhepunkt in Sachen rassistischen Terrors stellten allerdings die Tage vom 5. bis 9.März 1993 dar. Am 5.3. wurde in Kupferdreh ein 30jähriger Flüchtling aus Jugoslawien von einer Gruppe Faschisten brutal zusammengeschlagen. Am Morgen des 6.3. brannte ein Haus in Kray, in dem überwiegend Menschen aus Sri Lanka wohnen. Eine 36jährige Frau wurde beim verzweifelten Sprung aus dem Fenster schwer verletzt. Ursache der Tragödie: Brandstiftung. Ein weiterer Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Altendorf hatte nur deshalb keine Folgen, weil das Öl-Benzingemisch nicht zündete. Am Dienstag, den 9.3. zwischen 21 und 22 Uhr wurde dann in Essen-Frohnhausen der 57jährige Mustafa Demiral aus Mühlheim von drei Nazis aus einem Linienbus gestoßen und skrupellos getötet. Sie schossen mehrmals auf ihn mit einer Gaspistole, sodaß der Mann dadurch an einem Herzinfarkt starb. Als wäre alles nicht geschehen, trifft sich die FAP weiterhin völlig unbehelligt in ihrer Stammkneipe oder im Jugendheim St. Maria Empfängnis in Holstershausen, wo regelmäßig Essener Naziskins ihre Feten feiern.

Zur Bevölkerungsstruktur im Ruhrgebiet

Wir erheben hier zwar keinen soziologischen Anspruch, trotzdem halten wir einige Fakten für wichtig, die Aus-

Essen

sagen darüber machen können, warum gerade im Essener Süden der Naziterror am schlimmsten ist. Die drei Städte Dortmund, Bochum und Essen haben nicht nur eine ähnliche topografische Lage (im Süden die bewaldeten Ruhrberge, im Norden die Emscher-Lippe-Senke), sondern auch eine vergleichbare historische und sozio-kulturelle Entwicklung durchgemacht. Der Norden war traditionell stark industrialisiert (nachdem der Bergbau bereits um die Jahrhundertwende die Ruhr in nördlicher Richtung überquert hatte), während der Süden eher als attraktives Naherholungsgebiet diente. Das wirkte sich - besonders nach dem 2. Weltkrieg - auch stark auf die Bevölkerungsstruktur aus: im Norden Malocher, AusländerInnen, Studies, u.s.w., im Süden das Bildungsbürgertum und die Reichen. Eine Art Demarkationslinie bildet die Bundesstraße 1. Diese Dinge haben sich in den Köpfen der ansässigen Bevölkerung derart festgesetzt, daß zum Teil nicht mehr vorurteilsfrei miteinander umgegangen werden kann.

Angeblich soll z.b. bei Vorstellungsgesprächen großer Firmen und Verwaltungen das Kriterium "die/der SchülerIn hat eine Schule im Norden besucht" als Ablehnungsgrund fungieren. Sämtliche nördliche Stadtteile Dortmunds und Essens gelten als "problembelastet" und erfordern besondere Entwicklungsprogramme durch die öffentliche Hand. Die nördlichen Stadtteile haben eine höhere Dichte an Sonderschulen, Sozialberatungsstellen und Polizeibeamten, allerdings eine geringere Dichte an ÄrztInnen.

Die bürgerliche Bevölkerung im Süden hat eine gemeinsame Aversion: Niemals die Verelendungstendenzen des Nordens bei sich ertragen zu müssen. Aus den oben genannten Gründen hat sich gerade in Essen-Werden, Kupferdreh oder Überruhr eine Intoleranz gegenüber Randgruppen entwickelt, die bis hin zum besagten Anheuern faschistischer Schlägerbanden fürs Grobe geht. Die Naziskins genießen in diesen Bonzenvierteln Rückhalt, ganz im Gegensatz zu den gescheiterten Etablierungsversuchen der Dortmunder FAP Mitte der achtziger Jahre.

Rund um den Borsigplatz hatten Siegfried Borchardt (FAP-Landesvorsitzender NRW und damaliger Führer der "Borussenfront") und seine Kameraden versucht, in der "deutschen Arbeiterschaft" mit Stammtischparolen Sympathie zu gewinnen. Im Anschluß an eine antifaschistische Kundgebung auf dem Gelände der Firma Hoesch AG stürmten türkische Stahlarbeiter im Sommer 1985 das FAP-Bundesbüro in der Schlosserstraße. Gezielte Angriffe autonomer Antifa-Leute vertrieben in der nachfolgenden Zeit die Nazis völlig aus dem Dortmunder Norden. Sie sind bis heute nicht zurückgekehrt.

Hünxe

Hünxe-Urteile rechtskräftig

Die Haftstrafen gegen drei Skinheads für einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim im niederrheinischen Hünxe sind rechtskräftig. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe verwarf die Revision gegen das Urteil der Jugendkammer des Kandgerichts Duisburg, das die zur Tatzeit 18 und 19 Jahre alten Angeklagten zu Freiheitsstrafen zwischen dreieinnhalb und fünf Jahren verurteilt hatte. Bei dem Anschlag waren zwei libanesische Mädchen schwer verletzt worden. Gegen das Urteil hatten beide Prozeßparteien Revision eingelegt.

Köln

Von der Stadt abgeschoben, von der Deutschen Liga gejagt

Mitte Januar wurde die 30jährige Frau Nidar Pampurova aus ihrer Wohnung abgeholt und in Abschiebehaft genommen. Vier Jahre hatte sie in Köln gelebt. Mit Gewalt wurde sie von ihrem Mann und ihren Kindern getrennt. Eine Duldung, die sie nach Ablehnung ihres Asylantrags erhalten hatte, war abgelaufen. Trotz heftiger öffentlicher Proteste wurde sie dann nach Mazedonien abgeschoben, wo mittlerweile ein Übergreifen des Bürgerkriegs aus an-

Köln



Nidar Pampurova und ihre Familie

deren Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens droht. Sie wurde abgeschoben, als gleichzeitig VertreterInnen der Stadt Köln ein Denkmal zur Deportation der JüdInnen und Roma aus Köln im Jahre 1940 einweihten. Auch Vorfahren von Nidar Pampurova wurden von der deutsch-bulgarischen Besatzung Mazedoniens während des Nationalsozialismus verschleppt und ermordet.

Mit Hilfe von FreundInnen konnte sie illegal zurück nach Köln gelangen, wo sie nun versteckt lebt. Unterstüzung erhält sie vom Rom e.V., der Spenden zu diesem Zweck entgegennimmt (Konto 10442622, BLZ 37050198, Stadtsparkasse Köln, Stichwort Nidar).

Dann eröffnete die Ratsfraktion der Deutschen Liga eine Hetzjagd auf Nidar Pampurova. Sie setzte per Steckbrief und Presseerklärung eine Belohnung von 1000 DM auf Hinweise aus, die zu ihrer Ergreifung führen. Die IG Medien erklärte, die Deutsche Liga würde sich damit in die Tradition der Nationalsozialisten stellen, die ebenfalls Steckbriefe und Kopfgelder zur Ergreifung ihrer Opfer verwendeten. Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Roma und Sinti stellte Strafantrag wegen Volksverhetzung. Die Verwaltung der Stadt Köln klemmte der Deutschen Liga Fax und Telefon ab, die als Kontakt in dem veröffentlichten Steckbrief angegeben waren und prüft, ob eventuell Fraktionszuschüsse illegal verwendet wurden. Sie will jedoch weiterhin die Roma abschieben.

Aus einer Erklärung des Rom e.V.: "Die Rechtsradikalen wollen sich dem Staat und in Köln der SPD-geführten Stadtverwaltung als Hilfspolizei andienen. Sie wiegen sich in Sicherheit, daß nach der Kampagne der großen Parteien gegen 'Scheinasylanten' sie deren Beschlüsse nur etwas schneller ausführen; in den Zielen glauben sie sich einig. Die harte Haltung der Stadt Köln...hat solche Leute ermutigt." Bereits letztes Jahr hatte die Deutsche Liga im Rat der Stadt Köln die Aufstellung einer Bürgerwehr beantragt.

Brandanschlag auf Wohnhaus

Ein von Türken und Aussiedlern bewohntes Haus in Köln-Worringen wurde am 4.2.93 von Unbekannten mit Brandsätzen angegriffen. Die Brandsätze zündeten am Eingang des Hauses, jeglicher Fluchtweg für die 21 Personen im Haus war versperrt. Zum Glück wurden bis auf drei Türken allen anderen Bewohner unverletzt gerettet. Die Täter sprühten nazistische und ausländerfeindliche Parolen an die Hausfront.

Brandanschlag gegen Ausländer

Bei einem Brandanschlag auf drei Wohnhäuser am 4.2.1993 wurden drei Menschen verletzt. Die betroffenen Häuser, die von türkischen und polnischen Familien bewohnt wurden, sind außerdem mit rechten Parolen besprüht worden. Der Sachschaden beträgt über 200.000 DM.

Mettmann

Brandanschlag in Mettmann

In Mettmann brennt am 05.01.1993 eine Notunterkunft für Flüchtlinge ab. Alle 45 BewohnerInnen bleiben unverletzt. Der Polizei liegen natürlich keinerlei Anzeichen für eine rassistische Straftat vor.

Mordversuch in Ratingen

Am Abend des 25.12.92 wird in Ratingen ein Asylbewerber ohne ersichtlichen Grund von einem Unbekannten niedergestochen. Dem Flüchtling gelingt es gerade noch, sich nach Hause zu schleppen. Er kann durch eine Notoperation gerettet werden.

Ostwestfalen

Gütersloh: Sprengstoff sichergestellt.

Im Rahmen der bundesweiten Hausdurchsuchungen, welche die Polizei am 3.2.93 durchgeführte, wurden auch die Privatwohnungen der Mitglieder der Skinheadband "Werwolf" in Augenschein genommen. Dabei wurden nicht nur wie zu erwarten Platten, Kassetten und sonstige Tonträger gefunden, in der Wohnung des Bassisten Markus De Ambrosio stellte die Poizei 6.8 Kilo Sprengstoff aus Bundeswehrbeständen sicher. Die Gefährlichkeit dieser Gruppe(n) liegt aber wohl eher in ihrer Musik. Die rassistischen u. NS-verherrlichenden Texte, die nationalistische Werte transportieren und das irrationale Erleben von Stärke und Macht auf den Konzerten.

Gütersloh: Brandanschlag auf Flüchtlingsheim aufgeklärt.

In der Nacht vom 5-6.3.93 wurde ein Molotowcocktail in ein offenes Fenster eines Flüchtlingsheims in Verl bei Gütersloh geworfen. Dieser brannte zum Glück aus, ohne daß sich das Feuer ausbreitete.Genau eine Woche später, in der Nacht vom 12-13. März versuchten es die Täter noch einmal, wurden aber von einer Passantin verschreckt. Da die Beiden schon kurz vorher in einem Nachbarort bei der Brandstiftung eines Mofas beobachtet und erkannt worden waren, konnte die Polizei kurz darauf die beiden 14 und 16 jährigen Jungen verhaften. Diese gestanden sowohl den Anschlag als auch den 2. Versuch.

Detmold: NF aktiv

Im Zentrum der NF in Pivitsheide bei Detmold finden weiterhin regelmäßige Treffen von NF Aktivisten statt. Die Polizei bleibt dabei trotz Benachrichtigung durch Anwohner inaktiv.

Bünde: Nazi-Skins im Pech

Nachdem am 23.02.93 in Bünde Westfalen 5 Skins ein mit 3 Türken besetztes Auto angriffen, anschließend von diesen entwaffnet und danach mit ihren eigenen Waffen verprügelt wurden, wollten sie sich an Antifaschisten schadlos halten. Am Abend des 26.03 wollten sie "Linke aufmischen" da im selbstverwalteten Jugendzentrum aber niemand anwesend war, beschlossen sie das Haus anzuzünden. Bei dem entstandenen Schwelbrand wurde der Innenbereich des Hauses vollständig zerstört. Bereits am nächsten Tag konnten sechs Tatverdächtige festgenommen werden. Einer befindet sich zur Zeit noch in Haft, die anderen wurden bis zur Verhandlung unter Auflagen auf freien Fuß gesetzt.Vorausgegangen war diesen Gewalttätigkeiten das Verteilen von rechtsradikalen Flugblättern und Aufklebern mit Hakenkreuzen und NSDAP Schriftzügen.

Spenden an die Bünder Antifa sind unter dem Stichwort ANTIFA auf das Konto des Vereins Jugendzentum Bünde e.V. bei der KSK Herford BLZ 49450120 KtoNr.210012902 möglich und erwünscht.

Remscheid

Marrokaner wurde Opfer von Skinheads

Drei Skins schlugen am 9. Januar am Remscheider Markt einen Marrokaner zusammen. Das Opfer des rassistischen Angriffs mußte aufgrund der Verletzungen einige Tage im Krankenhaus bleiben.
(Quelle: Remscheider Antifa News 1/93)

Wegen "ordentlichem" Haarschnitt vor Gericht

Ende Januar stand in Wermelskirchen ein Flüchtling vor Gericht. Vorgeworfen wurden ihm Körperverletzung und Landfriedensbruch. Diese Strafta-

Remscheid

ten sollte er angeblich bei Protesten gegen ein Republikaner-Treffen in Aachen vor etwa zwei Jahren begangen haben. Vor der Polizei hatte der Republikaner Kemper zu Protokoll gegeben, sein Parteigänger Spicher sei von dem in Wermelskirchen lebenden Flüchtling geschlagen worden. Wenige Tage nach dem Rep-Treffen wurde Kemper ein Foto des Flüchtlings vorgelegt. Kemper erhob daraufhin die Beschuldigungen gegen den Flüchtling. Er wollte ihn wieder erkannt haben, weil der Flüchtling angeblich der einzige Gegendemonstrant mit "ordentlichem Haarschnitt" war.

Während der Gerichtsverhandlung behauptete er dann nicht mehr, der Flüchtling hätte seinen Kamerad Spicher geschlagen. Auch ein weiterer REP konnte den Vorwurf nicht bestätigen. Die Richterin vermutete, die Ausländerfeindlichkeit der REPs sei der Anlaß für die Vorwürfe gegen den Flüchtling gewesen. Der Flüchtling wurde schließlich freigesprochen, es konnte nicht einmal bewiesen werden, daß er auf dem Versammlungsplatz war. Zu den Zeugen gehörte auch ein Punk aus Wuppertal, der wegen der gleichen Proteste bereits früher vor Gericht stand und ebenfalls freigesprochen wurde. Er war zusätzlich wegen "Verunglimpfung deutscher Symbole" angeklagt worden. Bei der Aktion mußte eine Deutschland-Fahne dran glauben.

Demos gegen Rechts

Am 19.12.92 demonstrierten 600 Menschen gegen Ausländerhaß und Rassismus im Zuge der "Lichterkettenbewegung".

Zwei Tage später fand in Rs-Lennep eine mit 2300 SchülerInnen gut besuchte Demonstration gegen Rechts statt.
(Quelle: Remscheider Antifa News)

Nazi-Skins gegen Heavies

Fünf Skinheads griffen am 26.1.93 in der Lenneper Altstadt zwei "Heavy Metal"-Fans an. Da die beiden Langhaarigen sich aber mit Kampfsporttechniken zur Wehr setzen konnten, mußten die Angreifer erst zwei Messer und eine Pistole ziehen, um die Heavies in die Flucht zu schlagen.
(Quelle: Remscheider Antifa News)

Siegen

Mord an Behindertem

Wegen Mordes an einem 53jährigen Sehbehinderten sind zwei 16 und 20 Jahre alte Skinheads verhaftet worden. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hatten die beiden schon Mitte Dezember 1992 in einem Einkaufszentrum den Mann so schwer geschlagen und getreten, daß er wenig später starb. Der 16jährige gestand die Tat und belastete den anderen Skin schwer.



Plakatwand in Wuppertal

Der DHKKV - Kampfsport für Neonazis?

Bonn im Mai 1992. Das "Deutsche-Jugendbildungswerk" (DJBW) Rheinland und die Nationalistische Front Stützpunkt Rhein-Sieg organisieren eine halb konspirative Veranstaltung mit dem "Papst" der Revisionistenszene, Ernst Zündel aus Kanada.

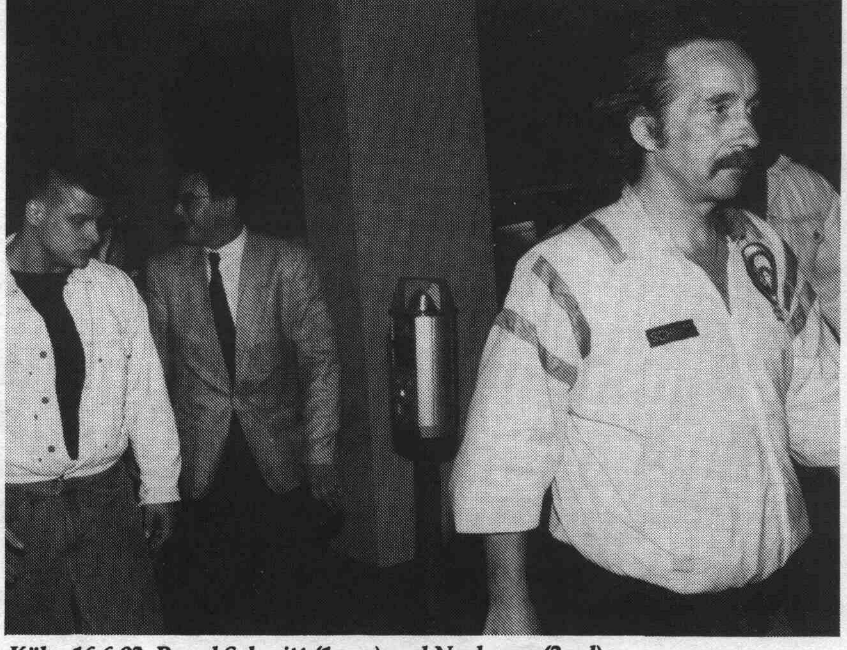
Der Deutsch-Kanadier ist einer der maßgeblichen Agitatoren und Geldgeber der internationalen NS-Bewegung. Auf sein Betreiben hin und mit seinem Geld wurde z.B. das berüchtigte "Leuchter-Gutachten" erstellt, das nachzuweisen versucht, daß Vergasungen in Auschwitz nicht stattgefunden haben können. An der Insider-Veranstaltung nehmen u.a. Mitglieder der FAP, der Wiking-Jugend und der Deutschen Liga teil. Bonn ist für Nazis ein heißes Pflaster. Deshalb wird der Veranstaltungsort von den Organisatoren solange wie möglich geheim gehalten. Die Rechnung geht auf: Gegenaktionen der Antifa bleiben an diesem Abend aus. Zur Sicherung hatten die Veranstalter noch eine weitere Maßnahme getroffen. Die "Security" wird vom "Deutscher Hochleistungs Kampfkunstverband" (DHKKV) gestellt. NF-Stützpunktleiter Réné Mauritz im Originalton: "Auch an sie (die Security) eine dickes Dankeschön, die sie ihre Kampfkunst und auch Gesundheit im Ernstfall, der zum Glück nicht eintraf, selbstlos zum Einsatz gebracht hätten."

Szenenwechsel. Köln am 16. Juni 1992. Die rechtsextreme "Deutsche Liga für Volk und Heimat", die im Kölner Stadtrat vertreten ist, veranstaltet eine öffentliche Anhörung zur "Ausländer- und Asylproblematik" im Senatshotel. Neben der örtlichen DL-Prominenz, sind u.a. Harald Neubauer, ehemals Schönhubers Vize bei den REPs, und nun einer von drei Vorstandssprechern der DL, und die beiden Belgier Filip Dewinter vom Vlaams Blok und Willy Freson von der Lütticher Anti-Ausländer-Liste AGIR anwesend. Die Deutsche Liga verläßt sich an diesem Abend nicht allein auf den Schutz der Polizei. Eine eigene Security ist organisiert worden. Wie schon im Monat zuvor in Bonn steht sie unter der Leitung von DHKKV-Chef Bernd Schmitt. In Köln gibt es diesmal antifaschistische Gegenwehr. Über 200 Leute demonstrieren gegen das DL-Treffen. Nach Beendigung der Veranstaltung kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Veranstaltungsbesuchern und Gegendemonstranten. Hierbei sind auch die Leute von Schmitt beteiligt.

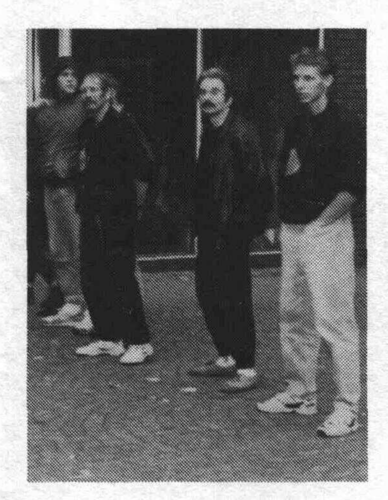
Was ist der DHKKV?

In einer einseitigen Selbstdarstellung gibt uns der DHKKV Auskunft. Er habe es sich zum Ziel gemacht "gerade uns Deutschen die unterschiedlichsten Kampfkünste aus aller Welt näher zu bringen"(Zitat). Weiterhin wird bedauert, daß "die meisten Deutschen zu bequem geworden sind, sich einem intensiven sportlichen Training zu unterziehen". In den meisten Clubs und Schulen läge der Ausländeranteil bei über 80%. Und als Fazit der Selbstdarstellung: "Sollte dies nicht zu denken geben?".

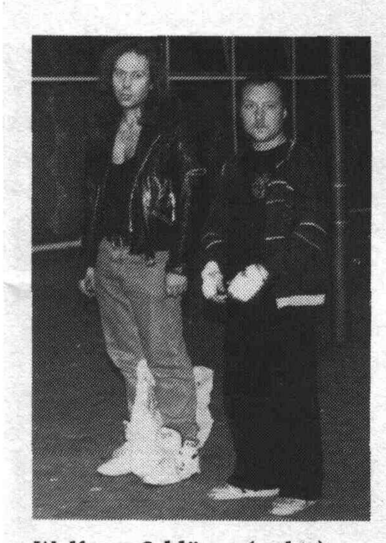
Hinter dem DHKKV verbirgt sich der "1.H.S.C. Solingen" auch bekannt als Thai-Box-Schule "Hak-Pao". Über weitere angeschlossen Clubs oder Schulen ist nach unseren Recherchen nichts bekannt. Hak-Pao ist die Schule des bereits oben erwähnten Bernd Schmitt. Der 49jährige Solinger ist in der Kampfsportszene kein unbeschriebenes Blatt. Er ist bisher eher durch



Köln, 16.6.92: Bernd Schmitt (1.v.r.) und Neubauer (2.v.l)



Bernd Koch (2.v.r.)



Wolfgang Schlösser (rechts)

profilneurotisches Verhalten als durch rechtsextremes Engagement aufgefallen. Glaubt man der von ihm verfaßten Auflistung seiner Fähigkeiten, könnte man vor Erfurcht erstarren. Schmitt behauptet von sich nämlich in sage und schreibe 20, hauptsächlich asiatischen, Kampfsportarten eine Dan-Graduierung zu besitzen. Ein Dan ist ein Meistergrad und berechtigt dazu, eine Kampfsportart zu lehren. Darüberhinaus will Schmitt von 1966-69 eine Einzelkämpferausbildung bei der Bundeswehr mit anschließender Fallschirmspringertätigkeit gemacht haben und insgesamt 67 Vollkontakt-Kämpfe bestritten haben. Dazu kommen diverse deutsche Meistertitel in Tae-Kwon-Do und anderen Kampfsportarten. Unerklärlich bleibt lediglich, warum es das "Multi-Genie" Schmitt bei seinen Fähigkeiten nicht zu größerer Bekanntheit in Deutschland gebracht hat. Aber bleiben wir ernst. Schon beim Überfliegen des von Schmitt behaupteten Lebenslaufes tauchen Zweifel an dessen Wahrheitsgehalt auf. Das Schmitt lügt ist in einigen Fällen erwiesen. So behauptet er 1991 von dem Kick-Box-Verband IAKSA den 5. Dan Kick-Boxen verliehen bekommen zu haben. IAKSA-Präsident Geert Lemmens weiß davon aber nichts. Weiterhin brüstet sich Schmitt der Trainerlizenz des Thai-Box-Verbandes I.P.T.A. Dieser Verband ist in Thailand nicht anerkannt. Schmitt macht sich mit seiner Aufschneiderei das Verbandsgewirr in der internationalen Kampfsportszene zu nutzen, in der für eine Sportart häufig mehrere Verbände miteinander konkurrieren. Nicht nur für Laien ist eine wirkliche Bewertung von Meistergraden, Trainerlizenzen und gewonnenen Titeln häufig ein Problem. Schmitt fiel jedoch nicht nur durch Aufschneiderei, sondern auch durch unsaubere Praktiken auf. Dieses führte dann 1991 zu seinem Auschluß aus dem "Muay-Thai-Bund-Deutschland", dem einzigen in Thailand anerkannten Vertreter des Thai-Boxens in Deutschland.

Angesichts dieser Tatsachen können wir folgendem Satz aus der DHKKV-Selbstdarstellung nur zustimmen: "... ist es wichtig, daß der kampfsportinteressierte Neuling die Möchtegern Meister, die zum Teil Phantasiekünste anbieten und zum Teil nur auf kommerziellen Gewinn aus sind, enttarnen kann."

Die Verbindung zum rechten Lager

Bernd Schmitt will mit "rechtsradikalen Aktivitäten" nichts zu tun haben. Dies versichert er ausdrücklich in einem Schreiben an die Antifaschistische Aktion Wuppertal. Sein "Ordnungsdienst" sei absolut unpolitisch. In selbigen Schreiben, in dem Schmitt ein "konspiratives Gespräch" zur Klärung vorschlägt, erwähnt er, daß bei einer antifaschistischen Demonstration "ein Vereinsmitglied von uns von mindestens drei Antifa-Leuten angegriffen wurde, weil er fotographierte" und anschließend einen Schädelbruch erlitt. Fragt sich, warum ein absolut unpolitischer Verein, eine antifaschistische Demonstration fotographiert. In den vergangenen Jahren fiel Schmitt allerdings in keinster Weise durch ausländerfeindliches Engagement oder dergleichen auf. Im Gegenteil, er arbeitete mit ausländischen Sportlern problemlos zusammen.

Der DHKKV - eine Ausbildungseinrichtung für Nazis?

Mittlerweile wird seine Schule jedoch zunehmend von Rechtsextremisten frequentiert, wenn auch betont werden muß, daß lange nicht alle Sportler, die unter Schmitt trainieren, rechts eingestellt sind. Neben jugendlichen Skinheads sind es vor allem zwei Personen, die die Verbindung von Hak-Pao zum organisierten Rechtsextremismus herstellen und einen beträchtlichen Teil ihrer Freizeit in der Schule zubringen. Es handelt sich hierbei um die einschlägig bekannten Solinger Bernd Koch und Wolfgang Schlösser. Ihr Lebenslauf liest sich wie ein Streifzug durch ein Organisationsregister des rechten Lagers.

Von der NSDAP zur Deutschen Liga

Der heute 42jährige Bernd Koch begann bereits früh sich zu politisieren. Ende der sechziger Jahre zur Zeit der APO engagierte er sich zunächst kurze Zeit in der DKP, um dann 1972 über die CDU den Marsch nach Rechts anzutreten. Er landete im folgenden ersteinmal bei der NPD. Anfang der achtziger Jahre war ihm das nicht mehr weit genug rechts. Er wurde Mitglied in der "Sozialrevolutionären nationalen

Kampfgemeinschaft Deutschland", SNKD, bestellte und verbreitete Propagandamaterial der illegalen Partei NSDAP/AO und nahm Kontakt zur ANS/NA des Michael Kühnen auf. 1983 stand Koch in regem Briefkontakt mit einigen exponierten Vertretern der deutschen NS-Szene. Zur gleichen Zeit gründete Koch mit einigen NPD-Angehörigen aus Solingen und Wuppertal die "Bürgerinitiative für Ausländerstop" (BIFAS). Schon damals wurde vermutet, daß "BIFAS" lediglich eine getarnte NSDAP/AO-Zelle war, zumal bei sich bei BIFAS-Treffen die Mitglieder in SS-Uniformen fotographieren liessen. Mitglied in der Anti-Ausländer Gruppierung war u.a. der heute 34jährige Wolfgang Schlösser. Parallel zu den BIFAS-Aktivitäten sorgte 1983 eine Drohbriefkampagne gegen jüdische Gemeinden, Frauenhäuser und Einrichtungen von Lesben in mehreren deutschen Städten und im benachbarten deutschsprachigen Ausland für Aufsehen. Die mit übelsten Mord- und Vergewaltigungsdrohungen versehenen Briefe waren in der Regel mit "NSDAP Gau Solingen" oder "Reichsleitung Wuppertal" unterzeichnet. Die kriminaltechnische Untersuchung der Drohbriefe führte die Polizei zur BIFAS. Die Fingerabdrücke von Koch und dem Wuppertaler BIFAS-Mitglied Wolfgang Binder konnten identifiziert werden. Beiden wurde im folgenden der Prozeß gemacht, andere BIFAS-Mitglieder wie Schlösser mußten als Zeugen aussagen. Während Binder für 21 Monate im Gefängnis verschwand, kam Koch mit einer Bewährungsstrafe von 12 Monaten davon. Er hatte zuvor flehentlich versichert, nie wieder in der rechtsextremen Szene aktiv werden zu wollen und die "Schuld" an der Drohbriefaktion seinem mitangeklagten Kameraden zugewiesen. Schlösser übrigens distanzierte sich ähnlich wie Koch und war sogar so freundlich der Polizei seine gesamte Post persönlich aufs Revier zu bringen, als Zeichen seines guten Willens sozusagen. Sein Versprechen hielt Koch noch nicht einmal zwei Jahre. Ende 1986 trat er als FAP-Kreisvorsitzender erneut ans Licht der Öffentlichkeit. Parallel dazu präsentierte Koch sich als Vorsitzender einer "Studiengemeinschaft Solingen", die es sich zum Ziel gemacht hatte, "linksextremistische Bestrebungen" auszuspähen. Mit dem Niveau des Anti-Antifa-Vorläufers war es allerdings nicht soweit her. Es reichte nur zur Veröffentlichung einer Broschüre, in der fast ausschließlich Passagen aus Verfassungsschutz-Berichten kopiert wurden. Schriftführer der Studiengemeinschaft war Wolfgang Schlösser, der auch in der FAP aktiv war und sich mit Koch auf dem Postens des Kreisvorsitzenden abwechselte. Auch in der FAP hielten es die beiden nicht lange aus. Schlösser gründete 1989 die "Bergische Front", die hauptsächlich aus jugendlichen Rechtsextremisten und Skinheads bestand, und veranstaltete regelmäßig Treffen bei sich zu Hause. Koch trieb sich zu dieser Zeit im Umfeld der Republikaner herum, bevor er wie auch Schlösser bei der "Deutschen Liga" landete. Koch lud am 5.7.91 per Anzeige zum erstenmal zum monatlichen "Stammtisch" der "Deutschen Allianz" (Vorläufername der DL) in die Ohligser Kneipe "Im Unterland" ein. Seine Einladung fand nur spärliche Resonanz. Im Jahre 1992 inserierten Koch und Schlösser regelmäßig in den der Deutschen Liga nahestehenden Publikationen "Nation und Europa" und "Deutsche Rundschau". Koch warb einerseits für einen "Arbeitskreis Drogen und Kriminalität", andererseits suchte er in einer Kontaktanzeige eine "deutsche Patriotin". Schlösser warb dagegen für eine "Deutsche Kampfsportinitiative", DKI, "einem Zusammenschluß von patriotisch denkenden Kampfsportlern, die es sich zum Ziel gemacht haben .. Kampfkünste im Nationalen Lager bundesweit (!) zu fördern". Lehrgänge mit qualifizierten Lehrern werden angeboten. Stellt sich die Frage, wo oben genannte Lehrgänge wohl stattfinden und wer die "qualifizierten Lehrer" sind. Wir haben da einen Tip!.

Verschiedenes

Urlaub bei Freunden
Gasthaus "Zur Zehntscheune" - das historische Gasthaus an der Gebrüder-Grimm-Märchenstraße. Regionale Küche, moderne Fremdenzimmer mit Dusche/WC, PKW- und Busparkplätze am Haus. Information: Gasthaus "Zur Zehntscheune", 6490 Niederzell bei Schlüchtern, Tel. 06661/2919.

Arbeitskreis "Drogen und Kriminalität" in der "Deutschen Liga"/KV Solingen, sucht weitere Mitarbeiter. Interessenten wenden sich an: Bernd Koch, Schloßstraße 39, 5650 Solingen 19.

Deutscher Patriot, 42/1,74, sucht deutsche Patriotin bis 36 Jahre. die mit ihm durch dick und dünn geht. Bei Zuneigung Heirat nicht ausgeschlossen. Zuschriften an Bernd Koch, Schloßstraße 39, 5650 Solingen 19

Die **Deutsche Kampfsport-Initiative** (DKI) ist ein Zusammenschluß patriotisch denkender Kampfsportler, die es sich zum Ziel gesetzt haben, im nationalen Lager Kampfsport und Kampfkunst zu verbreiten. Kontakt über: DKI, Wolfgang Schlösser, Vogelsang 24, 5650 Solingen 1.

Anzeigen von Koch und Schlösser in der "Deutschen Rundschau"

BIFAS nimmt die Arbeit wieder auf.

Angeblich unlängst gegründet wurde in Wuppertal die "Bürgeriniative für Ausländerstop" BIFAS. So jedenfalls steht es in einer Anzeige in der Parteizeitung der "Deutschen Liga", "Deutsche Rundschau" in der Ausgabe Dezember 1992. Gesucht werden in der Anzeige "noch Mitarbeiter, Sympathisanten und Freiwillige zum Flugblattverteilen". Als Kontaktanschrift steht ein Heinz Baumgarten aus Wuppertal-Barmen zur Verfügung.

Ganz so neu wie in o.g. Anzeige angegeben ist die BIFAS allerdings nicht. Sie existierte bereits 1983 als Zusammenschluß von NPD-Mitgliedern aus Solingen und Wuppertal. In die Schlagzeilen geriet die BIFAS im Januar 1984, als gegen alle fünf damaligen Mitglieder ein Ermittlungsverfahren wegen bundesweit verschickter Drohbriefe, die hauptsächlich an Fraueneinrichtungen gingen, eingeleitet wurde. (Siehe auch Artikel "DHKKV - Kampfsport für Neonazis" auf Seite 27). Bei den Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche NS-Utensilien z.B. eine Hakenkreuzfahne gefunden. Es wurden Vermutungen laut, daß es sich bei der BIFAS um eine getarnte NSDAdP/AO-Zelle handelte. Chef der BIFAS war schon damals der Maschinenfacharbeiter Heinz Baumgarten, der mittlerweile 65 Jahre alt ist. Er kandidierte 1987 bei der Bundestagswahl für die NPD und stand 1989 auf der NPD-Reserveliste für die Kommunalwahl. Baumgarten ist pikanterweise mit einer Ausländerin verheiratet. 1986 inserierte die BIFAS in der "FAP-Sturmzeitung Solingen", die vom ex-BIFAS-Mitglied und verurteilten Drohbriefschreiber Bernd Koch herausgegeben wurde.



NS-Opfer von Abschiebung bedroht



Schon vom Nazi-Regime verfolgt: Großvater Ibraimov

Die Stadt Wuppertal betreibt derzeit zum zweiten Mal die Abschiebung der Familie Ibraimov aus der Republik Makedonien. Der Großvater der Familie, Esat Ibraimov, ist ein Verfolgter des Nazi-Regimes. Er lebt seit 1986 mit seiner Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Bereits im November letzten Jahres wurde die Familie erstmals in den ehemaligen jugoslawischen Bundesstaat abgeschoben.

Die Roma-Familie stammt aus der makedonischen Stadt Kumanow. Nach der Besetzung von Kumanow 1942 durch die Deutschen wurden den dort lebenden Roma Lebensmittel und Tiere, vor allem Pferde, von den Besatzern genommen. Als Roma dann den Deutschen eine größere Menge Brot und Seife entwendeten, reagierten die Herrenmenschen des Dritten Reichs mit Vergewaltigungen und Massenerschießungen. Esat Ibraimov überlebte, weil er zufällig nicht anwesend war. Er verlor seine nächsten Familienangehörigen und mußte seine Mutter begraben. Die Deutschen deportierten ihn in ein Konzentrationslager bei Berlin. Dort wurde er bei einem Fluchtversuch angeschossen, weshalb er heute kaum noch in der Lage ist, ohne fremde Hilfe zu gehen. Esat Ibraimov ist aufgrund seines Alters und Gesundheitszustandes auf die Unterstüzung seiner Familie angewiesen. Im November 1992 wurden seine Familienangehörigen jedoch erstmals von Wuppertal nach Makedonien abgeschoben. Er selbst befand sich noch im Asylverfahren, konnte jedoch nicht allein zurückbleiben und reiste freiwillig mit seinen Angehörigen aus. In Makedonien wurden sein Sohn und sein Enkel von der Polizei über den Grund ihres Asylantrags in der BRD verhört, die Pässe wurden ihnen abgenommen. Sie hatten 1991 am Zeltlager der Roma vor dem Düsseldorfer Landtag mitgewirkt. Dies war eine der vielen Aktionen der Roma in Nordrhein-Westfalen, mit denen sie für ein Bleiberecht demonstrierten. Die beiden jüngeren Männer der Familie Ibraimov hatten hier dem makedonischen Fernsehen Interviews gegeben, die in der makedonischen Haupstadt Skopje in der Sendung "Ein Haus am Ende der Welt" ausgestrahlt wurden. Die für diese Sendung veranwortlichen Redakteure wurden entlassen und mußten ins Ausland fliehen. An der Sendung Beteiligte wurden in Haft genommen, und sogar Familienangehörige wurden geschlagen. Die beiden Ibraimovs erhielten schließlich Einberufungen zu den makedonischen Territorialstreitkräften, eine reine Repressionsmaßnahme, denn diese Streitkräfte verfügen über ausreichend viele Freiwillige. Sie konnten sich der Einbe-

rufung durch zeitweiliges Verstecken entziehen.

Überhaupt ist die Situation in Makedonien angespannt. Roma werden schon immer diskriminiert, sie leben am Rand der Gesellschaft und sind Pogromen ausgesetzt. Aus dem albanischen Teil der Bevölkerung kommt der Ruf nach Unabhängigkeit. Um ein Übergreifen des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien auf Makedonien zu verhindern, sind seit dem letzten Sommer dort Blauhelme der UNO stationiert. In der Hauptstadt Skopje gab es bereits mehrtägige Gefechte. Hier kam es auch zu einer gewalttätigen Demonstration gegen die Aufnahme von moslemischen Roma, die vor dem Bürgerkrieg in Bosnien fliehen müssen aber in Skopje nicht erwünscht sind.

Zusätzlich durch nächtliche Besuche von maskierten Polizisten eingeschüchtert entschloß sich die Familie Ibraimov zur erneuten Flucht nach Wuppertal. Die beiden jüngeren Männer wurden umgehend vom Wuppertaler Ausländeramt in Abschiebehaft genommen. Den anderen Familienmitgliedern einschließlich des pflegebedürftigen Großvaters wurde gesagt, sie sollten sehen, wo sie unterkämen. Trotz eines Rechtsanspruchs gab es zunächst keine Unterbringung in einem Flüchtlingswohnheim und keine Sozialhilfe. Sie gingen daraufhin erstmal zu Bekannten nach Düsseldorf. Die Stadt Wuppertal führte zur Begründung der Abschiebehaft an, die Familie habe durch die erneute Einreise gezeigt, daß sie sich der Abschiebung entziehen wolle. Auch die Wahl des Unterschlupfes in Düsseldorf habe gezeigt, daß die Familie abtauchen wolle. Im Wuppertaler Ausländeramt machen sich die Beamten vor allem Sorgen um die Kosten der erneuten Abschiebung. Wie es der Familie nach der Abschiebung in Makedonien erging, interessierte sie nicht.

Aus Sicht des Ausländerrechts ist die Anordnug der Abschiebehaft offensichtlich korrekt. Die Chancen der Familie auf ein Bleiberecht sind schlecht. Der Kölner Verein Rom e.V., der sich die Verständigung zwischen Roma und Nicht-Roma zum Ziel setzt, schrieb an Minister Schnoor von der SPD-Landesregierung und bat um das Bleiberecht.

Parteien gegen Flüchtlingsheim

Das geplante Flüchtlingsheim in der Weiherstraße wird nicht bezogen. Sozialdezernent Wilts begründete die Entscheidung mit der im Vorfeld geführte Kampagne gegen die Unterbringung. Hermann Josef Richter (CDU) hatte vor "Rostocker Verhältnissen" gewarnt, falls die Flüchtlinge dort untergebracht werden. Aber nicht nur die CDU sprach sich dagegen aus, auch die FDP und die SPD Wuppertals stimmten mit der CDU im Stadtrat gegen die Massenunterkunft.

Behinderte gegen Rechtsradikalismus

Behinderte sind in letzter Zeit zunehmend Opfer von gewalttätigen Angriffen und Pöbeleien geworden. Aus diesem Grunde fand in Wuppertal-Barmen eine Demonstration unter dem Motto "Wir machen den Mund auf - Behinderte gegen Rechtsradikalismus" statt. Zu der Demonstration, die von Wuppertaler Selbsthilfegruppen organisiert wurde, kamen etwa 200 Leute.

Behinderter verprügelt

Am 10.2.93 schlug ein 16jährger einen Behinderten am Dasnöckel zusammen. Das Opfer mußte mit einer Gehirnerschütterung und Bauchverletzungen ins Krankenhaus, der Täter wurde festgenommenRechte Jugendliche verurteilt



Wuppertal, 27. Februar: Demo von Behinderten

Rechte Jugendliche verurteilt

Die sechs Täter, die am 3.10.92. an der griechischen Schule alle Scheiben eingeworfen hatten und ausländerfeindliche Parolen geschmiert hatten, sind von der Jugendrichterin Borbach-Klein zu je 30 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt worden. Außerdem müssen alle einen Aufsatz zu dem Thema "Ausländerfeindlichkeit" schreiben, als erzieherische Maßnahme gedacht. Diese Aufsätze werden dann mit der Richterin und dem Jugendgerichtshelfer durchgesprochen.

Die Ehre des Wuppertaler Polizeipräsidenten

"Jede ausländerfeindliche Straftat geht an meine Ehre", mit diesen Worten erklärte Klaus Köhler (Polizeipräsident Wuppertal) dem Ausländerbeirat die Aktivitäten seiner Behörde gegen Neonazis. Die polizeiliche Ermittlungsgruppe gegen Rechtsextremismus war zuvor auf sieben Personen aufgestockt worden. Da die Angriffe in den letzten Monaten leider auch in Wuppertal stark angestiegen sind, sieht es zur Zeit wohl mit der "Ehre" des Polizeipräsidenten nicht so gut aus. Wir sind gespannt mit welchen Maßnahmen Köhler sie wiederherstellen wird.

"Ultradeutsch"verurteilt

Die vier Mitglieder der Wuppertaler Band, die zwischen 21 und 17 Jahre alt sind, wurden am 1.3.93 vom Jugendschöffengericht wegen Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt. Der 21jährige wurde zu einer Geldstrafe von 1200 DM verurteilt, zwei der drei 17jährigen wurden zu je 40 Stunden gemeinnütziger Arbeit verdonnert. Der vierte, der erst später zu der "Band" dazukam, wurde nur verwarnt. Im August 1992 gründete sich die Band, nachdem man schon vor drei Jahren das Kirchenlied "Danke für diesen guten Morgen" in "Danke für Adolf Hitler, danke für jeden toten Türken" umgeschrieben hatte. Die Wuppertaler Naziszene kaufte dieses und noch zwei andere Lieder mit ähnlichen Textinhalten auf Cassette. Die Polizei beschlagnahmte die Lieder. Die vier Musiker machen heute "harmlosen, deutschen, unpolitischen Rock", natürlich unter neuem Namen, sie heißen jetzt "Entwarnung".

Weitere Fälschung aufgetaucht

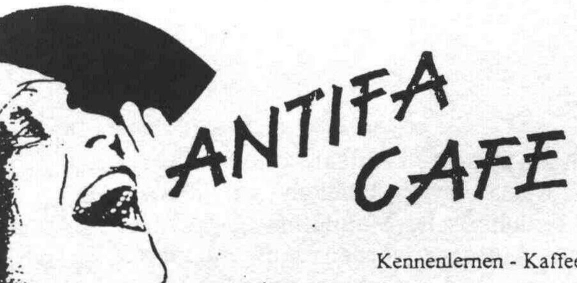
Ende Januar warnte das Presseamt vor einem weiterem Flugblatt, daß in Wuppertal in Umlauf gebracht wurde. Inhalt des Flugblatts ist die angebliche Begrüßung des 100000sten Flüchtlings in Wuppertal. Unterzeichnet ist die Hetze mit der Unterschrift der Oberbürgermeisterin Kraus.

VDSK immer noch gemeinnützig

Der "Verein für Deutsche Sprache und Kultur" aus Wuppertal darf weiter Spendenquittungen schreiben. Der von Wuppertaler NPD-Mitgliedern gegründete Verein hatte u.a. 1992 dazu gedient, die Erbschaft eines vermögenden NPD'lers und das gesamte NPD-Parteivermögen am Finanzamt vorbei zu transferieren (Siehe Antifa Bericht W. April 92, Sommer 92). Mit dem Bekanntwerden des Zusammenhangs zwischen VDSK und NPD wurde im Juni 92 auf Druck des NRW-Finanzminister die Gemeinnützigkeit des Vereins noch einmal überprüft. Dieses Verfahren ist bis zum heutigen Tag nicht abgeschlossen. Begründet wird die lange Dauer der Prüfung mit "intensiven Prüfungen", die ein solches Verfahren erfordere.

(Quelle: Wupper Nachrichten, 27.02.93)

Hinter Stacheldraht: Der Sitz des VKSK in der Alsenstraße



Kennenlernen - Kaffee/Tee trinken

ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE
ORGANISIEREN

Infobörse,
Büchertisch,
Zeitschriften,
Veranstaltungen,
Videos zu
faschistischen
Gruppierungen
e.t.c.

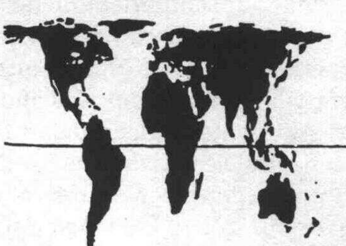
jeden 1.und 3.Dienstag im Monat

18.00 - 22.00 Uhr

im Literaturcafe´ des **Taranta Babu**
Humboldtstr. 44
4600 Dortmund 1

Kontakt: Antifa Do.-Nord - c/o Taranta Babu - Humboldtstr. 44 - 4600 Dortmund 1
Dortmunder Antifa-Telefon 0231/416665

INTERNATIONALISMUS - ARCHIV

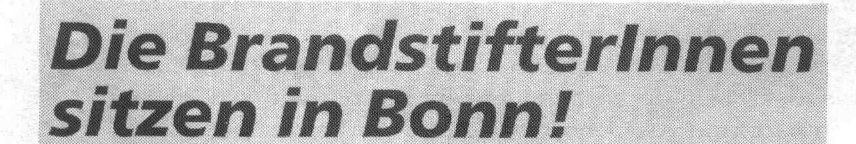


Zeitungsausschnitte zu allen Ländern Afrikas, Asiens, Mittel- und Südamerikas, und Europa, Japan, Nordamerika. Schwerpunktthemen: Flüchtlinge und Migration, Golf, Naher Osten, Türkei, Kurdistan, IWF, Verschuldung, Ruhrgebiet; außerdem viele "3. Welt -" Zeitschriften; Kopiermöglichkeit vorhanden.

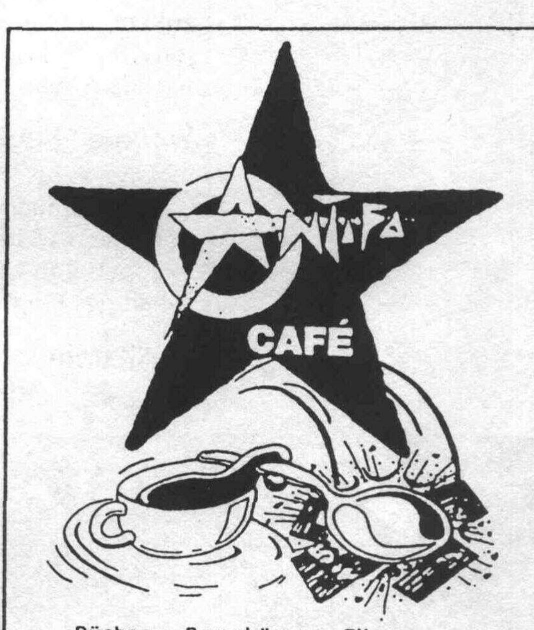
Öffnungszeiten:
Jeden Mittwoch von 16.00 - 19.00 Uhr
(oder nach Absprache) in der Geschichtswerkstatt,
Am Ölpfad 27, 46 Dortmund - Hörde
Tel: (0231) 41 22 41

FRAUEN - INTERNATIONALISMUS - ARCHIV

Fr.: 10.00 - 14.00 Uhr; Geschichtswerkstatt, Am Ölpfad, 46 Dortmund Hörde



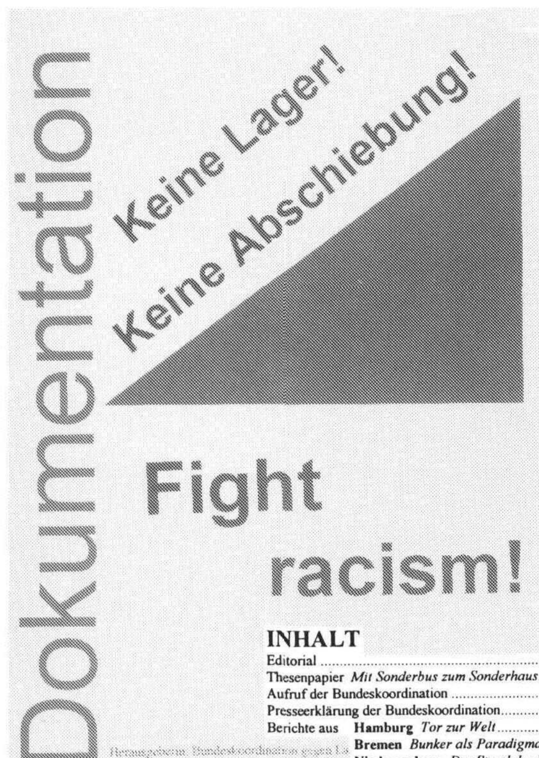




Bücher - Broschüren - Filme -
Veranstaltungen - Diskussion

Jeden 1. und 3. Samstag im Monat,
von 15 - 19 Uhr, im Kino Endstation,
Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108,
4630 Bochum 7

Ab dem 20. Februar 1993 gibt es
in Bochum ein ANTIFA-Cafe.



INHALT

BESTELLADRESSE

Anti-Rassismus-Buro
Sielwall 5
2800 Bremen 1
Tel. (0421) 706444
Fax (0421) 706445

Preise:

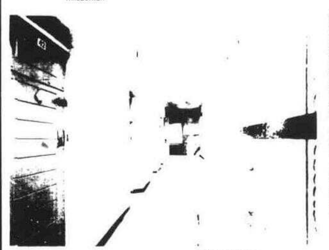
Einzelpreis	5,00
ab 5 Expl	4,00
ab 10 Expl.	3,50
ab 25 Expl.	3,00
	+ Porto

Überweisung bitte im voraus an:
Weidner, Anti-Rassismus-Buro
Konto 110 807 69 bei der
Sparkasse in Bremen
BLZ 290 501 01
Stichwort: "Lagerdoku"

Abschiebeknast in Herne

Am 20.Oktober wurden die ersten Menschen in den Abschiebeknast "Bergelmanns Hof" am Herner Marktplatz gebracht. Seitdem sitzen dort Flüchtlinge, die sich keiner Straftat schuldig gemacht haben, in Abschiebehaft. Das bedeutet: Bis zu 4 Personen in einer Zelle von 4 x 5 Metern. Eine Stunde Hofgang am Tag. Diese sog. Abschiebehaft kann bis zu 6 Monaten in die Länge gezogen werden. Schon der bloße Verdacht, Flüchtlinge könnten sich der drohenden Abschiebung entziehen, genügt den deutschen Behörden, sie wie Kriminelle zu behandeln, Familien auseinanderzureißen, die letzten Rechte der Flüchtlinge zu mißachten.





Abschiebeknäste in Gütersloh, Coesfeld und Herne sind Bestandteil des im Juni '92 beschlossenen, neuen Asylverfahrens, das darauf abzielt, Flüchtlinge möglichst schnell abzuschieben. Sie werden in Lagern (Mindestgröße 5oo Personen) kaserniert, Asylanträge in Schnellverfahren serienmäßig abgelehnt, Widerspruchsmöglichkeiten rigoros beschnitten.
Grundrechte, die jedeR Deutsche selbstverständlich für sich in Anspruch nimmt, werden Flüchtlingen vorenthalten: Rechtsweggarantie, Bewegungsfreiheit, Sicherheit vor Not und Verfolgung.

Für viele Flüchtlinge ist die Endstation in Deutschland der Abschiebeknast in Herne.Die Ausländerbehörde der Stadt Herne organisiert die Durchführung der Abschiebungen.

Abschiebung von Roma nach Rumänien bedeutet: Gefahr von Hunger und ethnischen Progromen. Abschiebung ins ehemalige Jugoslawien: Bürgerkrieg, Zwangsrekrutierung in eine kriegführende Armee. Abschiebung in Folterstaaten wie Marokko: Gefängnis oder Schlimmeres.

Niemand kann sagen: "Ich habe nichts gewußt."

Wir wenden uns an alle Menschen in Herne, denen die gegenwärtige "Asyldebatte" noch nicht den Kopf verdreht hat:

- **Nehmt Stellung gegen den Knast. Thematisiert den Abschiebeknast in Vereinen, Kirchen und auf der Arbeit. Schreibt LeserInnenbriefe.**
- **Akzeptiert nicht, daß aus Herne vielleicht wöchentlich oder täglich abgeschoben wird.**
- **BeamtInnen und PolizistInnen aus Herne: Weigert Euch, an der menschenverachtenden Behandlung von Flüchtlingen mitzuwirken. Verweigert die Durchführung von Abschiebungen.**

Keine Inhaftierung
von Flüchtlingen

Keine Abschiebung





Lager zerstören Menschen!

Keine Lager für Flüchtlinge
Keine Zwangsversorgung
Kein Arbeitsverbot



Menschenwürdige Unterbringung!

Auszahlung der Sozialhilfe!

Angemessene medizinische Versorgung!

Uneingeschränkte Arbeitserlaubnis!

Uneingeschränktes Einreise- und Bleiberecht für Flüchtlinge